Josef Frey - Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Juli bis Oktober 1923

22 Dokumente, 66 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum von der 3. Sitzung des EKKI, des erweiterten Exekutivkomitees der 3. Internationale (12.-23. Juni 1923) bis zu den Wiener Gemeinderatswahlen bzw. den Nationalratswahlen am 21. Oktober 1923.

Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen Texte, die von Josef Frey bzw. in seinem Umfeld verfasst wurden und die sich kritisch mit der Parteiführung, in der Franz Koritschoner und Karl Tomann dominierten, auseinandersetzten.

Manfred Scharinger, 20.4.2026

KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Juli bis Oktober 1923

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	Lokalausschuss Graz	Brief an den Parteivorstand der KPÖ und an die KPÖ-Landesleitung Steiermark	10.7.1923	1
2	Karl Polzer	Brief an Josef Frey	30.7.1923	1
3	Mitglieder des Lokalausschusses Graz und der Mitglieder der Landesleitungsminderheit	Brief an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, zu Handen des Sekretärs Gen. Pjatnitzky, zu Handen des Vertreters Miljutin in Wien	6.8.1923	4
4	Vertrauensmänner-Konferenz Meidling	Resolution [handschriftliches und maschinschriftliches Exemplar]	10.8.1923	5
5	Josef Frey	Erklärung im politischen Büro der KPÖ	23.8.1923	1
6	Josef Grün, KPÖ-Reichssekretär	Rundschreiben an sämtliche Landesleitungen und Lokalorganisationen	4.9.1923	2
7	Josef Frey	Erklärung in der Sitzung der KPÖ-Reichsvertretung	9.9.1923	1
8	Josef Frey	[Bericht Josef Frey und Brief an unbekannten Adressaten über die Wiener Vertrauensmännerkonferenz]	[9.9.1923]	3
9	Lokalausschuss Graz	Resolution an den KPÖ-Parteivorstand	13.9.1923	1
10	Josef Frey (?)	Aufruf: "An alle Ausgebeuteten in Stadt und Land"! [anlässlich der Nationalratswahlen 21.10.1923, Entwurf]	[September 1923]	7
11	Franz Koritschoner, Karl Tomann, Ketzlik (Präsidium des PV der KPÖ)	Brief an Josef Frey	29.9.1923	1

12	Karl Polzer	Brief an Josef Frey [Faksimile und Abschrift]	4.10.1923	1
13	Karl Daniel (KPÖ-Lokalorg. Graz)	Resolution an den KPÖ-Parteivorstand	11.10.1923	1
14	Friedrich Hexmann	Bericht an den Parteivorstand der Kommunistischen Partei über die Situation in der Partei und Jugend OÖ	16.10.1923	8
15	Josef Frey [bzw. Frey-Fraktion]	Resolution [Lage in Deutschland]	[ca. Oktober 1923]	2
16	Josef Frey [bzw. Frey-Fraktion]	Die KPÖ und die deutschen Ereignisse	[ca. November 1923]	4
17	unbekannt	Anmerkungen zum Artikel des Gen. Frey	[o.D.]	2
18	[Josef Frey]	Politisches [Bericht über die Situation in der Partei]	[ca. Oktober 1923]	7
19	[Josef Frey]	Organisatorisches [Bericht über die Situation in der Partei]	[ca. Oktober 1923]	6
20	[Josef Frey]	Gewerkschaftliches [Exzerpte und Kommentare zur Berichterstattung des *Roten Gewerkschaftler* und der *Roten Fahne*]	[o.D.]	2
21	[Josef Frey]	[Exzerpte und Kommentare über die Berichterstattung der *Roten Fahne* im Sommer 1923	[o.D.]	2
22	[Josef Frey]	Werte Genossen! [Bericht betr. Obmännerkonferenz der Metallarbeiter, Lohnbewegung der Textilarbeiter, Arbeiterregierung etc.]	[o.D.]	4
				66

Lokal-Organis. GRAZ Oesterreichs

An den

Parteivorstand der K.P.Ö.

Sektion der III. Internationale,

Wien.

An die

Landesleitung Steiermark
der K.P.Ö.

Bruck a.d.M.

Die Lokalorganisation Graz stellt an den Parteivorstand und an die Landesleitung Steiermark folgende wichtige unaufschiebbare Forderung:

In Anbetracht dass die K.P.Ö. knapp vor den Wahlen steht, hat sich der Lokalausschuss in seinen letzten Sitzungen mit der Vorbereitung zu den Wahlen beschäftigt und ist ausser anderem zu folgender Entscheidung gekommen.

Die Lokalorganisation braucht in der Wahlperiode mindestens einen Parteiangestellten. Bei den letzten Wahlen (1920) waren in Steiermark drei Angestellte zur Leitung und Bewältigung der Wahlarbeiten [illegible]

Der Lokalausschuss nimmt als sicher an, dass der Parteivorstand die finanziellen Mittel zur Anstellung des Gen, Koplenig in seiner Eigenschaft als Landessekretär sicherstellt. Damit wäre bereits eine Kraft für die Steiermark sichergestellt. Nun muss unbedingt auch in Graz ein Genosse für die Dauer der Wahlperiode angestellt werden. Insbesondere schon deshalb, da das Lokal-Wahlkomitee laut Beschluss der Landesleitung nicht nur den Wahlkreis Graz, sondern Mittel-Unter-und Weststeiermark zu bearbeiten und mit Referenten versorgen muss.

Die Lokalorganisation schlägt dem Parteivorstand vor, den Genossen Karl Daniel zu obgenannten Zweck anzustellen und begründet dies wie folgt:

Gen. Daniel ist nicht nur in der Lokalorganisation Graz als der fähigste Genosse bekannt, sondern auch im Lande Steiermark. Genosse Daniel verfügt nicht nur über politische und organisatorische Qualitäten, sondern ist als vorzüglicher Referent für die Wählerversammlungen unentbehrlich. Ausserdem ist Genosse Daniel der Vorsitzende der Landesleitung und der Obmann des Landeswahlkomitees und verfügt aus den letzten Wahlen über Erfahrungen in der Wahlarbeit.

Wir fordern insbesondere deshalb dass Genosse Daniel für obgenannten Posten in Aussicht genommen werden muss, da Genosse Daniel durch seine Tätigkeit als Kommunist hier absolut keine Stellung bekommen kann und durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit und durch seine unhaltbare materielle Lage gezwungen ist, bis spätestens Ende Juli Steiermark zu verlassen.

Die ganze Partei würde dadurch speziell jetzt vor dem grossen Wahlkampf einen grossen Schaden erleiden, umsomehr als unsere Gegner insbesondere in Graz nichts sehnlicher wünschen, als dass Gen. Daniel, den sie als [illegible] Kraft besonders fürchten, von hier fort muss. Die Lokalorganisation würde dadurch besonders jetzt vor den Wahlen einen nicht gutzumachenden Schaden erleiden, der den ganzen Wahlkampf schwer beeinträchtigen würde. Wir lassen uns in unserer Forderung ausschliesslich vom Standpunkt der Parteiinteressen leiten und hoffen, dass der Parteivorstand unsereren Forderungen entsprechend handeln wird.

Einer baldigen Antwort entgegensehend [illegible]

Graz, am 12/7. 1923

Lokal-Organis. GRAZ Oesterreichs

Kommunistische Partei Österreichs
Zentrale: Wien, VIII., Alserstraße 69
Fernsprecher 11.186

Bei Beantwortung dieses Schreibens ist obige Bezeichnung anzugeben. Für verschiedene Sachen sind, müssen gesonderte Briefe oder Verschiedene Kouverts.

Wien, am 30.Juli 1923.

Josef F r e y ,

W i e n XII.

Werte Genosse!

Von der Landesleitung Steiermark wurdest Du für drei Versammlungen angefordert, die am 4.,5.u.6. August abgehalten werden und deren letzte in Graz stattfindet. Sie sind in der Nummer der „R.F." vom 31.7. Versammlungsanzeiger bereits veröffentlicht. Wir ersuchen Dich uns bekanntzugeben ob wir darauf rechnen können, dass Du bestimmt diese Versammlungen abhältst.

Mit Parteigruss:

Kommunistische Partei Österreichs
Organisation
Der Reichssekretär für Organisation

N.B. Da Dein Name bereits veröffentlicht ist, musste ich Dich auch dahingehend Zu verständigen R.

82

Herrn

Dr. Josef F r e y ,

W i e n XII.

Schönbrunnerstrasse

Nr. 256

Expres

Steiermark.

Graz. Wichtige Mitgliederversammlung. Heute Dienstag, halb 8 Uhr abends, im Parteilokal, Elisabethinengasse 36. — Oeffentliche Versammlung. Montag 6. August, 7 Uhr abends. Tagesordnung: Die wirtschaftliche und politische Lage und die kommenden Wahlen. Referent Genosse Frey.

Knittelfeld.

Judenburg.

Fohnsdorf.

Köflach. Oeffentliche Versammlung. Samstag 4. August, 7 Uhr abends. Tagesordnung: Die wirtschaftliche und politische Lage und die kommenden Wahlen. Referent Genosse Frey.

Voitsberg. Oeffentliche Versammlung. Sonntag 5. August, 7 Uhr abends. Tagesordnung: Die wirtschaftliche und politische Lage und die kommenden Wahlen. Referent Genosse Frey.

An die

EXEKUTIVKOMITEE der KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE,

Moskau,

zu Handen des Sekr. Gen. Pjatnitzky,

zu Handen des Vertreters Gen. Miljutin in Wien.

Die Lokalorganisation Graz richtet an die Exekutive der Kommunistischen Internationale folgende Beschwerde:

Die Reichsvertretung fasste auf ihrer Tagung am 15. Juli 1923 folgenden Beschluss:

Die Reichsvertretung ist auf Grund der Berichte einzelner Landesdelegierter zur Überzeugung gelangt, dass Genosse Frei auch nach seiner Rückkehr aus Moskau entgegen dem Beschlusse des erweiterten Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale seine parteischädigende Fraktionsbildung fortsetzt und dabei namentlich vom Genossen Daniel unterstützt wird. Die Reichsvertretung beschloss daher gegen Genossen Frei, wie auch gegen Genossen Daniel eine Untersuchung einzuleiten und bis zu deren Abschluss Genossen Daniel von seinen Funktionen zu suspendieren. Dieser Beschluss wurde auf Grund haltloser und unerwiesener Verdächtigungen gefasst, obwohl Genosse Daniel vorher an den Parteivorstand ein Schreiben richtete, in welchem er denselben über die im Umlauf befindlichen Gerüchte informierte und ihn ersuchte den Fortführern dieser Gerüchte eine entsprechende Aufklärung zuteil werden zu lassen.

Aus dem diesbezüglichen Schreiben des Parteivorstandes an den Genossen Daniel und aus der Lokalorganisation Graz geht hervor, dass der Parteivorstand in seiner Sitzung am 21. Juli 1923 von der Durchführung obgenannten Beschlusses der Reichsvertretung Abstand nahm und den Genossen Daniel und Frei eine „ernste Mahnung" erteilte.

Auf der Sitzung der Landesleitung Steiermark am 28. Juli 1923 wurde von dem Genossen Koplenig in seiner Eigenschaft als Landessekretär und Mitglied der Reichsvertretung und Genossen Tomann als Vertreter des

Parteivorstandes der Bericht über die Tagung der Reichsvertretung gebracht, wo dieselben Verdächtigungen gegen Genossen Daniel ohne zu beweisen, wiederholt wurden. Genosse Daniel widerlegte an der Hand von Beweisen alle gegen ihn gerichteten Anwürfe. Der Hauptangriff ist, Genosse Daniel war in Grünbach bei einer Fraktionssitzung. Tatsache ist, dass Genosse Daniel von den Grünbacher Genossen in seiner Eigenschaft als Obmann der Landesleitung Steiermark zum Zwecke einer Aussprache über das Bergarbeiterproblem eingeladen wurde. Die Grünbacher Genossen erhielten vom I.P.K. der Bergarbeiter den Auftrag, die Zusammenfassung der oppositionellen Blocks der Bergarbeiter in die Wege zu leiten und eine Landeszentrale zu schaffen. Genosse Daniel war am 1. Juni in Grünbach und am 2. Juni beschliesst der geschäftsführende Ausschuss der Landesleitung Steiermark auf Grund des Berichtes und Anregungen des Genossen Daniel die Einberufung einer Konferenz der revolutionären Bergarbeiter Steiermarks im Monate August, wo die Bergarbeiter des übrigen Österreichs und der Gewerkschaftsrat der K.P.Ö. eingeladen werden sollen. Noch Wochen wird ohne den geringsten Anhaltspunkt daraus eine Fraktionsbildung konstruiert. Die Lokalorganisation Grünbach hat obgenannte Tatsache durch ein Schreiben dem Parteivorstand mitgeteilt. Eine Abschrift desselben liess sie der Lokalorganisation Graz als Alibi für Genossen Daniel zukommen. Obwohl die Landesleitungsmehrheit erklären musste, ist im Protokoll festgelegt) den Genossen Daniel kann man keine gegen ihn erhobenen Anwürfe beweisen, wurde Genosse Daniel von seiner Funktion als Obmann der Landesleitung mit 5 gegen drei Stimmen trotz des energischen Protestes unter Hinweis auf die Beschlüsse der erweiterten Exekutive o h n e B e g r ü n d u n g abgesetzt. Dazu ist zu bemerken, dass in einer während des letzten Bergarbeiterstreiks stattgefundenen Sitzung einhellig Genosse Daniel als der fähigste Genosse der Landesleitung anerkannt, was auch in dieser Sitzung neuerlich bestätigt wurde. Das Verhalten des Genossen Tomann auf der Landesleitungssitzung wirkte entscheidend auf das Ergebnis derselben. Genosse Tomann zäumte eine wüste persönliche Hetze gegen die Genossen Frei, Holzhofer, Friedländer und insbesondere gegen Genossen Daniel auf. Über die Öster-

reichische Resolution der Erweiterten Exekutive verbreitet Genosse Tomann eine Serie von Lügen und Verleumdungen und trübt dadurch das Urteil der Genossen. Zum Beispiel die Profintern habe nach der Entscheidung der Erweiterten Exekutive das Verhalten des Gewerkschaftsrates und insbesondere des Genossen Riess in den Metallarbeiterkämpfen in den Monaten März, April, Mai, Juni begrüsst und für richtig befunden, entgegen den Beschlüssen der in der österreichischen Resolution von der Erweiterten Exekutive getroffenen Entscheidung. Oder, die Erweiterte Exekutive habe dem Parteivorstand in der Auslegung und Anwendung der Parole Arbeiterregierung Recht gegeben. (Beiliegend 1 Auszug aus dem Protokoll der Landesleitungssitzung vom 28. VII. aus den Ausführungen des Genossen Tomann über die Arbeiter-und Bauernregierung) Das Verhalten des Genossen Tomann war dazu angetan, um die in der Partei vorhandene Stimmung auf das Äusserste zu vergiften, und die Parteikrise statt zu liquidieren und die persönlichen Gegensätze zu überwinden, auf das Neue zu entfachen. Dieselbe Taktik in neuer Auflage wiederholte Genosse Tomann auf der am 29. Juli stattgefundenen Landeskonferenz in Steiermark und erzeugte dadurch eine parteizersetzende Atmosphäre. Die Taktik der Parteivorstandsmehrheit insbesondere des Genossen Tomann liegt klar auf der Hand. Unter der Hand und durch seine Hintermänner inszeniert Genosse Tomann gegen die einzelnen Genossen der Opposition Progromstimmungen um diese Genossen vor der Internationale einerseits und weniger urteilsfähigen Genossen, sowie falsch informierten Parteimitgliedern andererseits in Misskredit zu bringen, oder entgegen der in der österreichischen Resolution der E.E. festgelegten Beschlüsse unter Missbrauch und mechanischer Anwendung des demokratischen Zentralismus diese Genossen von ihrem Einfluss auf die Partei auszuschalten. Vor der Internationale versucht die Parteivorstandsmehrheit eine versöhnliche Haltung zur Schau zu tragen. Das bestätigt der Beschluss des Parteivorstandes vom 21. Juli 1923.

Wir haben zu oben angeführten Tatsachen folgendes zu sagen: Man suspendiert nicht Genossen von ihren Funktionen auf Grund haltloser Redereien, sondern erst dann, wenn tatsächlich belastendes Material vorhanden ist.

Wenn sich die Genossen Frei und Daniel tatsächlich nachweisbar Fraktionsbildung zuschulden kommen liessen, dann muss der Parteivorstand von seinen Rechten und Pflichten Gebrauch machen und bestrafen. Das fordern wir aber bei allen gleich, ob sie der Opposition oder der Parteivorstandsmehrheit angehören.

Wir erblicken in der Handlungsweise der Parteivorstandsmehrheit und insbesondere des Genossen Tomann den Bruch und die Missachtung der von der Erweiterten Exekutive in der österreichischen Resolution festgelegten Beschlüsse. Wir haben in der österreichischen Resolution unter Voraussetzung des beiderseitigen Willens die Möglichkeit einer raschen Gesundung der Partei erblickt, müssen jedoch konstatieren, dass die Parteivorstandsmehrheit davon keinerlei Notiz nimmt und auf der ganzen Linie die alten Methoden beibehält. Die Exekutive hätte darauf beharren müssen, dass Genosse Tomann zur Sitzung der Erweiterten Exekutive erscheinen muss und ihn auf das Schärfste zur Verantwortung zu ziehen.

Wir erblicken in der Tätigkeit der Parteivorstandsmehrheit und insbesondere des Genossen Tomann eine schwere Gefährdung der Partei und des bevorstehenden Wahlkampfes. Diese Zustände sind unhaltbar. Die aktivsten Genossen verlieren die Freude an der Parteiarbeit. Wir verlangen vom Exekutivkomitee dass es allen seinen Einfluss geltend macht, dass die österreichische Resolution nicht auf dem Papier bleibt, sondern zur Tat wird.

DIESEN VON DER PARTEIVORSTANDSMEHRHEIT VERÜBTEN MISSACHTUNGEN DER BESCHLÜSSE DER INTERNATIONALE u. DIE VERGIFTUNG DER PARTEI MUSS DURCH DIE EXEKUTIVE MIT DEN SCHÄRFSTEN MITTELN EIN ENDE GESETZT WERDEN.

Graz, am 6. August 1923.

Die Mitglieder des Lokalausschusses Graz, die Mitglieder der Landesleitungsminderheit.

Resolution der Vertrauensmänner-Konferenz Wedding vom 10. Aug. (Einstimmig angenommen, keine Stimmen von 34 Vertrauensmännern.)

Die polit. Lage in Deutschland spitzt sich immer mehr zu. In Strömen S.-T. und parteilose Arbeiter, wie auch Teile des Klüngelstamms, der K. P. Deutschlands zu. Die K. P. D. hat durch ihre zähe positive und kluge Arbeit es verstanden, die stärkste Partei der Internationale zu werden. Auch in allen anderen Ländern schreitet die kommunist. Bewegung vorwärts; gerade in Österreich geht es nicht vorwärts, vielmehr ist die Partei jetzt in einem Zustand, der das schwerste für die Partei befürchten läßt.

Die K. P. Ö. steht am Beginn der Wahlkampagne. Alle bürgerl. Parteien und auch die S. P. arbeiten mit rüstiger Kraft für den Wahlkampf. Unser zur Verfügung stehender Wahlapparat ist einfach dürftig und auf keinen Fall dem Wahlkampf, wie er geführt werden soll, gewachsen.

Unumgehbar müssen wir daher den provozierende und rücksichtslose Parteiarbeit der P. V. in der Kandidatenfrage rügen und schärfstens verurteilen, die deutlich neuerlich eine Parteikrise, der schärfsten Form hervorruft.

1. Wir konstatieren,

a) daß der P. V. seine diktatorische, entgültige "Bestätigung" der Kandidaten für die Nationalratswahlen, die Beschlüsse der letztabgehaltenen S.-K. Sitzung durchbricht, wonach jeder persönliche Kampf und jede persönl. Stellung in Parteifragen innerhalb der Partei aufzuhören hat. Ferner konstatieren wir, daß der P. V. in der Kandidatenfrage vollkommen vom persönl. Standpunkt aus Stellung nimmt und die Wünsche und Vorschläge der aktivsten Mitglieder nicht beachtet. Schon aus Zweckmäßigkeitsgründen müßte der P. V. Wünsche, die Vorschläge der Funktionäre zu berücksichtigen. Vielmehr wird das Interesse des Bezirks, Zentralismus (und) Fetischismus (über) das ihre Org.-Statut verankert ist,

wissen, daß der T. V. das Recht hat, eventuell allein die Kandidaten für den Nationalrat zu nominieren; aber bei Wahlvorschlägen ist es Wahnsinn und jetzt eine Unvernunft, nicht einmal mit den Funktionären der Bezirke über die Vorschläge der Kandidaten zum N.R. zu verhandeln." * (fehlt ein Teil?)

2. Daß der T. V. durch sein Verhalten die Zerrüttung der Partei herbeiführt. Vor allem vollendete [illegible] die Einmischung in Gemeinderatswahlen. den T. V. eines besseren belehrt haben. Nur durch die Schuld des T. V. wurde das schlechte Wahlergebnis für uns erzielt. Wir wollen aus diesem Wahlkampf gestärkt hervorgehen, wir gestehen aber, durch solche Methoden werden wir einen Trümmerhaufen statt einer gefestigten Partei haben, wenn nicht in letzte Minute der T. V. „einlenkt".

Wir fragen den Parteivorstand, warum die Sinner der Ablehnung der 1. Resolution der Bezirksmitgliederversammlung den Funktionären nicht bekannt gegeben hat.

3. Die Meinung [illegible] Vertrauen. Kopf: steht nach wie vor hinter den Vorschlägen unseres Wahlbereichskomitees und der alten Bezirksleitung. Wir lehnen [illegible] die Methoden des T. V. und erklären [illegible] Wir lassen von unseren Vorschlägen kein Jota und wenden den Kampf darum mit allen uns

Verfügung stehenden Mittel der Partei.

4. Die Verhandlungen über Konferenz verlaufen, ohne Klärung in dieser Frage herbeizuführen und es kann eine solche handelt es sich, ohne sofortige Einberufung einer Wiener Konferenz, die sich mit der Frage beschäftigt.

fehlt!

(ein Teil, das wichtigste, hier zitiert =

„Wir können gar nichts unternehmen, wenn die Funktionäre bei der Wahlarbeit nicht so aktiv sind, wie es notwendig wäre." wenn die T. V. nicht zur Vernunft kommt.

5. Die Verhandlungen über Konferenz über Boycott der Trotzresolution der Komintern-Vertreter.

Die internat. Lage und besonders die polit. Lage in Deutschland erfordert Geschlossenheit im Wahlkampf, um T. V. liegt es nun, daß sie gewahrt bleibt. Es wäre ein Verbrechen an dem österr. Proletariat, wenn die T. V. trotz alledem nicht Einkehr hält und keine Vernunft annimmt!

Resolution an den Partei-Verstand.

Einstimmig angenommen in der Vertrauensmännerkonferenz am 10. VIII, bei keiner Stimmenenthaltung.

Die politische Lage in Deutschland spitzt sich immer mehr zu und in Massen strömen S.P. und parteilose Arbeiter und auch Teile des Kleinbürgertums der K.P.D. zu. Die K.P.D. hat es durch ihre zähe und positive und kluge Arbeit verstanden, die stärkste Partei der Internationale zu werden. Auch in allen anderen Ländern schreitet die komm. Partei Bewegung vorwärts. Gerade in Oesterreich geht es nicht vörwärts, vielmehr ist die Partei jetzt in einem Zustande, der das Schwerste für die Partei befürchten lässt und die K.P.O. steht vor dem Beginn der Wahlkampagne. Alle bürgerlichen Parteien und auch die S.P. rüstet fieberhaft für den Wahlkampf. Der uns zur Verfügung stehende Wahlapparat ist ein äusserst dürftiger und auf keinen Fall, dem Wahlkampf, wie er geführt werden soll, gewachsen. Umsomehr müssen wir, von allen diesen Erwägungen heraus, das provozierende und rücksichtslose Verhalten des Partei Vorstandes in der Kanditatenfrage zum Nationalrat rügen und auf das Schärfste verurteilen, da dadurch die Partei-Krise neuerlich in ihrer schärfsten Form aufgerollt wird.

I. Wir konstatieren
a) dass der Partei Vorstand durch seine diktatorische, „endgiltige" Bestimmung der Kanditaten für den Nationalrat, die Beschlüsse der letzt-stattgefundenen E.K. Sitzung durchbricht, wonach jeder persönliche Kampf und jede persönliche Einstellung in Partei-Fragen aufzuhören hat. Ferner konstatieren wir, dass der Partei-Vorstand vollkommen vom persönl. Standpunkt in der Kanditaten-Frage Stellung nimmt und die Wünsche und Verschläge der aktivsten Mitglieder nicht beachtet. Schon aus Zweckmässigkeits-Gründen müsste der P.V. trachten, die Wünsche der Funktionäre und Mitglieder zu berücksichtigen, vielmehr wird der demokratische Zentralismus, der im Organisationsstatut verankert ist, mit Füssen getreten. Wir gestehen so diktatorisch ist der „Diktator" Frey nicht vorgegangen als der jetzige P.V. Wir wissen , dass der P.V. das Recht hat, die Kaditaten event. allein zu nominieren, aber bei Wahlvorschlägen ist es Wahnsinn und zeigt Unvernunft, nicht einmal mit den Funktionären der Bezirke über die Kandit.-Verschläge zu verhandeln. Bezeichnend ist, dass nicht einmal der Genosse Haas auf der Kanditatenliste ist, wo er gerade unter den arbeitslosen Metallarbeitern sehr bekannt ist. Es wurden Kaditaten aufgestellt, die niemals im Wahlkreis gearbeitet haben und bei den Arbeitern nicht so bekannt sind, wie es notwendig wäre, für den Erfolg bei den Wahlen.
b/dass der P.V. durch seine Methoden, die Zertrümmerung der Partei herbeiführt. Vor allem sollte der P.V. von den Linzer Gemeinderatswahlen gelernt haben, denn nur durch die Schuld des P.V. wurde das schlechte Wahlresultat für uns erzielt. Wir wollen aus dem Wahlkampf als K.P. gestärkt hervorgehen, wir gestehen, durch solche Methoden werden wir einen Trümmerhaufen haben, statt einer gefestigten Partei, wenn nicht in letzter Stunde der P.V. umlernt
II. Wir fragen ferner den P.V. warum er die Gründe der Ablehnung der ersten Resolution der Meidlinger Mitglieder-Vollversammlung dem Meidlinger Funktionären nicht bekannt gegeben hat.

III. Die Meidlinger Vertrauensmännerkonferenz, steht nach wie vor hinter den Wahlschlägen unseres Wahlkreiskommitees und des alten Meidlinger Vorschlages fr die Kanditaten zum Nationalrat. Die Versammlung verurteilt aus das Schärfste das rücksichtslose Vorgehen des P.V. und verlangt darum sofortige Einberufung einer Wiener Konferenz, um eine Klärung in dieser Frage herbeizuführen und nur um diess handelt es sich. Wir lassen von unseren Vorschlägen kein Jota nach und werden den Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, gegenüber den Methoden des Partei Vorstandes führen.

IIII. Die Vertrauensmännerkonferenz übermittelt diese Resolution den Vertretern der Komintern.
Wir hoffen, dass der Partei-Vorstand seine Fehler, die er gemacht hat, einsieht und die Wahlvorschläge des Bezirkes akzeptiert, denn wenn der Partei-Vorstand, es nicht tut, können die Vertrauensmänner nichts unternehmen, wenn die Mitglieder bei der Wahlarbeit nicht so aktiv sind, wie es notwendig wäre. Die internationale Lage und besonders die politische Lage in Deutschland erfordert Geschlossenheit im Wahlkampf am Partei Vorstand liegt es nun, dass sie gewahrt bleibt. Es wäre ein Verbrechen an dem oesterreichischen Proletariat, wenn der Partei-Vorstand trotz alledem nicht Einkehr hält und keine Vernunft annimmt.

Erklärung des Genossen Frey im Politischen Büro am 23. Aug. 1923.

Ich übernehme die mir vom P.V. übertragene Stelle des Vorsitzenden des R.W.K. und werde das ÄÄÄÄXXXXXX Aeusserste daransetzen die Arbeit des R.W.K. möglichst erfolgreich zu gestalten. Ich muss jedoch bei Übernahme der Stelle folgendes erklären:

Die Erfolgsaussichten der Partei bei den Wahlen sind bereits ÄÄ geschädigt worden durch die bisher nicht genügende Vorbereitung der Wahlen.

Ueber die taktische Wendung der Internationale gegenüber dem Faszismus die durch die E.K. Sitzung eingeleitet wurde, hat die Partei einen Monat hindurch fast vollkommen geschwiegen. Die Rede der Genossin Zetkin gehalten am 19. Juni wurde überhaupt nicht veröffentlicht. Die Schlageter-Rede Radeks, gehalten am 20. Juni wurde erst gegen den 10. August durch die Schlageter- Broschüre unseren Parteimitgliedern zugänglich gemacht. Durch Wochen hindurch blieben unsere Genossen in den Betrieben unorientiert und fast wehrlos gegenüber den sozialdemokratischen Verdrehungen vom Hackenkreuz und Sowjetstern.

Angesichts der gewaltigen Vorgänge in Deutschland blieb die Partei bisher vollkommen passiv. Die Losung der Arbeiter und Bauernregierung wird nur als Schlagwort prepagiert, so hat diese Losung natürlich keine Zugkraft. Die Partei muss konkret sagen Was ist die Arbeiter- und Bauernregierung, was hat sie zu leisten, wie kommen wir zur Arbeiter- und Bauernregierung.

Auch die prepagandistische Vorbereitung der Wahlen ist bisher unzulänglich und vor allem zeitlich verspätet. Nach den getroffenen Vorbereitungen sollen die Manuskripte für das Wahlhandbuch Ende August abgeliefert werden und Anfang September druckreif gemacht werden. Selbst wenn dieser Termin von den Verfassern wird eingehalten werden können, was keineswegs wahrscheinlich ist, würde das Wahlhandbuch vor Mitte September nicht erscheinen. Und da brauchen unsere politisch wenig geschulten Agitatoren und Vertrauensmänner noch ein bis zwei Wochen um sich mit dem dargebotenen Stoff vertraut zu machen. Die Arbeit hätte schon um Monate früher begonnen werden müssen.

Ueber die technischen Vorbereitungen der Wahl kann ich ÄÄ mich vorläufig nicht äussern, da ich noch nicht genügend ÜÜÜÜ Ueberblick gewonnen habe.

Wien, am 4. September 1923.

An sämtliche Landesleitungen und Lokalorganisationen.

Werte Genossen!

Folgendes Schreiben des Sekretariats des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau ist an den Parteivorstand eingelangt und wird dasselbe laut Beschluss der Parteivorstandssitzung vom 1. September 1923 den Organisationen übermittelt und werden die Lokalausschüsse aufgefordert dieses Schreiben in der nächsten Mitgliederversammlung den Genossen zur Kenntnis zu bringen.

„An die Zentrale der K.P.Ö. Wien.

Anknüpfend an die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive hat das Präsidium des EKKI beschlossen, folgende Richtlinien an das ZK. der K.P.Ö. zu entsenden.

1. Die Betriebsrätewahl als Auftakt im Kampfe um die Arbeiter-und Bauernregierung zu benützen, entspringt durchaus den Intentionen der Komintern.

2. Wahlfrage. Die Anzahl intellektueller Genossen im Wahlvorschlag erscheint als zu gross. Sollte es möglich sein ohne neue Meinungsverschiedenheiten in der Partei wegen dieser Frage hervorzurufen, Änderungen durchzuführen u. eine grössere Anzahl gewerkschaftlich tätiger Fabriksarbeiter aufzustellen, wäre dies angezeigt.

3. Gewerkschaftsfrage. Was das Verhalten der Kommunisten und revolutionären Gewerkschaftsfunktionäre bei Lohnverhandlungen betrifft, so wurde festgestellt, dass bei den Lohnverhandlungen der Metallarbeiter die Genossen R i e h s und Z i e g l e r keineswegs vor den reformistischen Bürokraten kapitulierten, sondern pflichtgemäss gehandelt haben. In der Frage der Textilarbeiter sind wohl Fehler vorgekommen, wurden aber durch den Gewerkschaftsrat, beziehungsweise die Reichskonferenz selbst richtig gestellt. In der Frage der gemeinsamen Liste bei den Bauarbeitern, welche später von den Reformisten unmöglich gemacht wurde, gilt es festzustellen, dass die Aufstellung gemeinsamer (gewerkschaftlicher Listen) bei gewerkschaftlichen Wahlen nur als zulässig erscheint, wenn eigene Listen unmöglich sind und wie in diesem Falle der Wahlkampf agitatorisch und propagandistisch im Sinne der R.G.I. geführt wird.

Zur Frage des Militärverbandes ist festzustellen, dass die Soldatengruppe der K.P.Ö. in allen Fragen dem Parteivorstand unterstellt ist und auch ihre Berichterstattung an die zentralen Instanzen in Moskau durch den Parteivorstand zu erfolgen hat, Soferne die Arbeit des Soldatenkomitees ausser gesetzlich ist, unterliegt sie der Kontrolle des betreffenden Ressorts der Partei.

4. Jugendfrage. Fraktionen sind in dem Jugendverbande unzulässig. Die Jugendorganisation soll sich nicht von den Fraktionen missbrauchen lassen. Sie hat das Recht zu den strittigen politischen Fragen Stellung zu nehmen, soll aber die Beschlüsse der KI. und im Rahmen dieser Beschlüsse die Direktiven der Partei loyal ausführen. Der Beschluss des Wiener Kreisausschusses über Ausschluss des Genossen Pape wird anulliert. Die Parteizentrale wird jedoch ersucht, den betreffenden Genossen nur für Parteiarbeit zu verwenden und in Zukunft die Jugendorganisation mehr sachgemäss und vorsichtiger zu behandeln, um gute Zusammenarbeit zu erreichen. Die Kommunistische Jugendorganisation wird ersucht, in die Jugendzentrale zum Zwecke der besseren Zusammenarbeit mit der Opposition und zur Liquidierung der inneren Streitig-

keiten geeignete Vertreter der Opposition aufzunehmen.

5. Parteipresse. Der Parteivorstand hat energisch seine Bemühungen fortzusetzen die Presse besser zu gestalten und darum eine Verbesserung des Redäktionsstabes anzubahnen.

6. Fraktionsstreit. Aus den von beiden Seiten eingelaufenen Berichten ist zu sehen, dass der Fraktionsstreit in der K.P.Ö. noch immer fortgesetzt wird. Das Präsidium des EKKI sieht zwar in diesem Moment nicht genügend Grund, um in dieser Frage vor der Parteiöffentlichkeit einzuschreiten. Das Präsidium will aber die führenden Genossen der beiden Richtungen an die ernste Aufforderung der Erweiterten Exekutive zur Liquidierung des Fraktionsstreites erinnern. Das Präsidium appelliert vor allem an die Arbeitermitglieder der Parteizentrale sie mögen alle Bestrebungen einzelner Fraktionsleute, das Interesse einer Fraktion-gleichviel welcher-über das Parteiinteresse stellend, bekämpfen. Da der Streit heute, wie seine Formen beweisen, nur ein Personenstreit ist, ihn zu beenden und endlich die gerade jetzt so notwendige Zusammenfassung aller Parteikräfte im Kampf gegen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Feinde des Proletariats durchzusetzen.

Mit kommunistischem Gruss:

Sekretariat des EKKI:

Rundstempel des EKKI

gezeichnet:

O.W.Kuusinen."

Es wird ersucht, obiges Schreiben in allen Teilen zur Kenntnis zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, dass die Mitgliedschaft von seinem Inhalte durch Verlesen ehebaldigst Kenntnis erhält, um sich darnach richten zu können.

Im Auftrage des Parteivorstandes der K.P.Ö.:

Der Reichssekretär

gezeichnet:

Josef G r ü n .

Erklärung des Gen. Frey in der Sitzung der R.V. am 9. September 1923

Die Rede des Genossen Landler und das was ihr unmittelbar nachfolgte: zwingt mich zu folgender Erklärung:
Genosse Landler hat behauptet ich hätte gesagt: die Betriebsräte sind abgetan, der Betriebsrätekonkress ist abgetan, demgegenüber stelle ich fest das ich gesagt habe:
Die ganze alte Streitfrage ist für uns abgetan, heute sind wir uns vollkommen einig über die Hauptlösung der Partei über die Arbeiter und Bauernregierung.
Ich habe die Gewerkschaftsfrage berührt nicht um Stoff zu neuen Streit zu schaffen, sondern umgekehrt um diese Frage aus der Welt zu schaffen.
Ich gehe weiter auf die rabulistische Argumentation Landlers nicht ein. Landler hat den Zweck den er erreichen wollte tatsächlich erreicht, statt hinzuwirken auf eine friedliche Stimmung auf eine Stimmung die die Annäherung erleichtert hat er mit vollkommener Absicht den äussersten Hass der Genossen aufgepeitscht, und in den Genossen die Auffassung hervorgerufen, das Hindernis welches die ersprießliche Arbeit, das vorwärtskommen der Partei erschwert, ja unmöglich mache sei die Person Frey. Das Verhalten der Mehrheit der Reichsvertretung hat gezeigt das dies tatsächlich zu dieser Auffassung gekommen ist.
Ich bin um den Streit keine Nahrung zu geben nicht eingegangen auf Dinge die sich in allerletzter Zeit vor nicht viel Stunden in der Partei † hier ereignet haben, obwohl es sich um † im Favoriten Dinge handelt die in jeder anderen K.P. **absolut** ausgeschlossen sind, und einen unglaublichen Bruch der Moskauer Beschlüsse darstellen.
Angesichts der Auffassung welche die Mehrheit der Reichsvertretung beherscht, meine Person sei das Hindernis der erfolgreichen Parteiarbeit und das Hindernis das die Partei vorwärts komme, sehe ich mich gezwungen meine Funktionen im Parteivorstand, im Politischen Büro, meine Funktion im Reichswahlkomitee zurückzulegen.
Ich ziehe vor aus der Partei ausgeschlossen zu werden, bevor ich dazu hergebe jenen Genossen zum Feigenblatt zu dienen, die zwar fort das Parteiinteresse im Munde führen aber mit ihren Metoden die Partei zerstören.
Ich bin selbstverständlich, solange der Parteivorstand nicht anders anordnet, die arbeit am Wahlhandbuch fortsetzen und zu Ende führen.

Ueber die Reichsvertretung bist Du orientiert.
Montag nach der Reichsve rtretung hatten sie eine Beratung, wo sie meinen Ausschluss planten. Der internationale Vertreter wollte unbedingt zuerst mit mir sprechen. Dienstag Vormittag war ich nun beim internationalen Vertreter, er wollte, dass ich die Demission zurückziehe und mich wegen des Bruches der Moskauer Beschlüsse, bei der Internationale beschwere. Ich vertrat den Standpunkt, dass sofortiger Friede in der Partei hergestellt werden müsste und dass daher sofort die Linzer, die Landstrasser die Steiermärkischen und vor allen die favoritner Sache liquidiert werden müsste. Ich sei bereit sofort die Demission zurückzuziehen, aber die Gegenseite müsste in den oberwähnten Fragen entgegenkommen. Selbstverständlich werde ich ausserdem der Exekutive berichten. Der Vertreter schlug mir darauf vor, wenigstens in Bezug auf die Kandidatur die Demission zurückzuziehen, da sonst die Gegner Einblick bekämen in die inneren Konflikte der Partei, wenn mein Name nicht auf der Kandidatenliste stehe. Diesem Argument konnte ich mich nicht verschliessen und gab meine Zustimmung, dass mein Name auf die Kandidatenliste gegeben wird.

Am nächsten Tag hatten sie nun eine Sitzung beim internationalen Vertreter, wo beschlossen wurde, meine Demission zur Kenntniss zu nehmenund sie auszudehen auf die Weidlinger Funktionen (der Zweck war, mich dadurch von der Wiener Vertrauensmännerkonferenz auszuschliessen, vor der sie grose Angst hatten). Ferner mich nur in Graz kandidieren zu lassen. Schliesslich das ganze Material nach Moskau zu senden und einen Brief des internationalen Vertreters an die Wiener Vertrauensmännerkonferenz zu richten, sie mögen auf die Angelegenheit Frey nicht eingehen und sich nur mit der Wahlfrage befassen.(Diesse Beschlüsse habe ich dann erst viel später erfahren) Sie zeigen jedenfalls, wie der internationale Vertreter über mich aufgebracht ist. Leider musste das in Kauf genommen werden, denn bei den gegebenen Verhältnissen, hätte es geheissen, sich von vornherein geschlagen zu geben, wenn wir nicht den Handstreich in Favoriten unter allen Umständen
Dies Letztere hätte sich nicht mehr reparieren lassen, dagegen glaube ich, dass wir das Ungewitter von oben werden abschwächen können, obzwar ich damit rechne, dass ich ein wenig ramponiert daraus hervorgehen werde.

Donnerstag Abends nun hat die Wiener Vertrauensmännerkonferenz stattgefunden.

Unmittelbar vor Beginn setzte ich mich aus eigenem Antrieb mit Koritschoner, Wertheimer u.s.w. in Verbindung und sagte ihnen : " Die Partei braucht sofortigen Frieden damit wir geschlossen in die Wahl gehen und den Wahlkampf gut bestehen. Dieser Friede ist sehr leicht herzustellen, es bedarf nur eines kleinen Entgegenkommens auf beiden Seiten. Ich bin bereit den ersten Schritt zu tun, die Demission zurückzuziehen, aber ihr müsst Linz, Landstrasse, Steiermark und Favoriten sofort liquidieren. Ich werde eine versöhnliche Erklärung in der Konferenz abgeben, sonst mich aber nicht beteiligen.

Die Koritschoner und Tomann waren sehr erfreut über meine Absicht, ohne jedoch ihrerseits mehr zu geben als Phrasen.

Die Wiener Vertrauensmännerkonferenz begann. Der Vorsitzende verlas das Schreiben des internationalen Vertreters, worauf ich meine Erklärung gab, die sich kurz zusammenfassen lässt in die Worte : Sofortiger Friede(Entgegenkommen auf beiden Seiten) in der Partei, Vorwärts geschlossen in den Wahlkampf".

Ausserdem sagte ich:" Meine Demission war ein inkorrekter Akt, dass wusste und weiss ich, aber er war erzwungen durch die Verhältnisse, weil ein Grossteil der Genossen, insbesondere nach dem Handstreich in Favoriten, das Gefühl hatten, so ist jedes Parteileben unmöglich.

Meine Erklärung, die unseren Friedenswillen zeigte, wurde sehr beifällig aufgenommen. Koritschoner und Tomann gaben auch Erklärungen ab, die nur Phrasen waren.

Dann kam es zu mehreren geschäftsordnungswidrigen Abstimmungen, die schon klar zeigten, dass sie die Mehrheit der Vertrauensmänner nicht auf ihrer Seite hatten.

Es ging überaus stürmisch zu. Zum Unterschiede von früheren Zeiten zeigten unsere Genossen eine absolute Geschlossenheit und eine gewaltige Entschlossenheit, die ihren Eindruck nicht verfehlte.

Darauf kam ein langwieriges, nichtssagendes Referat Koritschoners. Er ging der deutschen Frage vollkommen aus den Weg und nun hätte die Diskussion beginnen sollen. Da erteilte der Vorsitzende schlankweg dem Rothe das Wort zum zweiten Punkt. So also wollten sie durch einen Trick die Vertrauensmänner um die Möglichkeit bringen, zum Referat Koritschoners sprechen zu können. (Die Ausrede, dass die Vertrauensmänner nicht zu den Wahlen diskutieren wollten, sondern über Frey und andere Dinge, ist natürlich blanker Unsinn, denn das, worüber die Genossen am meisten die Aussprache wünschten, war die Frage, wie soll man die Wahlkampagne für unsere Frage ausnützen.)

Dieses Vorgehen des Vorsitzenden löste einen Sturm aus, wie du ihn dir nicht vorstellen kannst. Und da der Partei Vorstand daran festhielt--------keine Diskusion, keine Abstimmung, auch nicht eine geschäftsordnungsmässige Abstimmung mehr(damit nämlich nicht gar zu Tage trete, dass sie die Mehrheit nicht mehr haben)------- so hielt der Tumult ununterbrochen an. Schliesslich, nach kurzer Beratung des Partei Vorstandes erklärte Koritschoner, das Verhalten der Vertrauensmänner zeige, dass sie sich statt mit der Wahlarbeit, mit anderen Dingen befassen wollen, darauf könne der Partei Vorstand nicht eingehen und werde das, was er für richtig halte, koste es was es wolle, durchsetzen und erklärte die Wiener Vertrauensmännerkonferenz für geschlossen. Diese Worte, die nur den Sinn widergeben(die Worte, koste es was es wolle, hat er bestimmt gesagt) entfesselten einen ungeheuren Sturm und als die Koritschoner und Tomann Anhänger" Bravo Partei Vorstand" riefen, antwortete ihnen ein" Pfui" von weit mehr als der Hälfte der Vertrauensmänner.

Am nächsten Tag Früh telefonierte ich Koritschoner an, sagte ihm, er möge sich nicht verhetzen lassen und bot ihm eine Unterredung unverzüglich an, damit wir unter der Losung, sofortiger Friede und vorwärts in den Wahlkampf, alle Dinge augenblicklich liquidieren.

Koritschoner akzeptierte die Unterredung für den nächsten Tag. Ich fühlte schon da, dass er nicht die redliche Absicht habe, auf meinen Vorschlag einzugehen, aber immerhin hatten meine Schritte eine bremsende Wirkung. Die Herrschaften planten nämlich nichts weniger, als mich aus der Partei auszuschliessen, besonders Tomann hetzte in dieser Richtung. Diesen Plan haben sie einstweilen aufgegeben.

Gleichzeitig richte ich an den internationalen Vertreter einen Brief, worin ich ihm verständige, dass ich direkte Fühlung mit Koritschoner suche und zu welchem Zweck und ihm bitte, mich zu unterstützen.

Heute Vormittag nun hatte ich die Besprechung mit Koritschoner Er ging auf meine Absicht, sofortigen Frieden zuschliessen nicht ein, sondern kündigte mir an, dass am Donnerstag Neurath kommen werde und er wird dann jeden Teil gesondert hören und nach Moskau berichten. Das zeigt Folgendes: Dem Koritschoner geht es nicht um die Partei, also auch nicht um den raschen Frieden, sondern darum, wie kann man die Situation ausnützen um den Frey, wenn schon nicht unmöglich zu machen, so doch derartigen Hiebe zu geben, dass die Führung Koritschoner für ewige Zeiten gesichert ist.

Und nun, was haben wir zu tun?

Zunächst Eines. Nehmen wir den extremsten Fall, denn Ausschluss sei es von mir, oder von so und sovielen bedeutenden Genossen unserer Seite, oder sogar den kombinierten Ausschluss von Frey samt " Stabsoffizieren". Nun ohne Ausschluss dürften wir schon heute ziemlich verlässlich in Wien an die Mehrheit der Vertrauensmänner reichen. Und wenn sie ausschliessen, dann graben sie sich erst recht das Grab.

Gegenüber den Auschluss würden wir nur den ordnungsgemässen Weg betreten. Selbstverständlich würde trotz alledem unser Stützpunkt mit erhöhter Aktivität, Klugheit, Kaltblütigkeit und Zähigkeit zu arbeiten haben, in engster vertraulicher Verbindung mit den Ausgeschlossenen. Mit dem alten Ziel, Eroberung der Mehrheit am Parteitag und mittels der Parteitagsmehrheit, Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen u. s. w.

Aber vom Ausschluss abgesehen, was haben wir jetzt zu tun

um ihren Plan (Ausschluss oder Hiebe) zu durchkreuzen und unsere Position noch zu stärken.

Ich glaube, dass es nichts weiteres gibt als folgende Parole: Augenblicklicher Friede in der Partei, Entgegenkommen von beiden Seiten, sofortige Liquidierung von Linz, Landstrasse, Steiermark und Favoriten. Frey hat sofort seine alten Funktionen wieder zu übernehmen, vorwärts geschlossen in den Wahlkampf.

Diese Parole schlägt ein. Wir sind da die Vorkämpfer des Parteifriedens, dessen was jeder ehrlich wollen muss, der nur das Parteiinteresse im Auge hat.

Kongret bedeutet Linz: sofortige Ausfolgung der Mitgliedsbücher an die 16 nicht registrierten Genossen, sofortige Aufhebung der Suspendierung der 4 Linzer Genossen. Landstrasse: sofortige Einsetzung der enthobenen Funktionäre in ihre Funktionen. Steiermark: Schreiben des Partei Vorstandes an die Landesleitung, wonach Daniel in sämtliche Lokalorganisationen Steiermarks tatsächlich als Referent heranzuziehen ist. Favoriten: Ungiltig Erklärung der Neuwahl in Favoriten. Der alte Lokalausschuss führt die Geschäfte weiter.

Sehr wichtig ist, dass mein Handeln den Genossen sofort in's richtige Licht gerückt wird.

Meine Demission wird dargestellt als Disziplinbruch, als Durchbruch der Front mitten im Kampf und wer die Dinge nur formell betrachtet, der kann das wirklich glauben. Aber dem tieferem Sinne nach, ist es von mir eine direkte Aufopferung für die Interessen der Partei, die den sofortigen Frieden braucht, für die Rechte der Mitglieder, der Funktionäre der Organisationen, die so zum Schaden der Partei niedergetrampelt werden, siehe Linz, Favoriten u.s.w.

Es war ein äusserster Schritt im Interesse der Partei, in äusserster Zwangslage..

An demparteiverstand der Kommunistischen partei Oesterreich!

Der Lokalausschuss vernimmt mit Entrüstung die Vorgänge und das Resultat von der Reichsvertretungsitzung am 9. Sept. und erklärt das durch diese Methoden der parteivorstandsmerheit nicht nur die Wahlarbeit und der Wahlausgang im allgemeinen schwer gefährdet wird, sondern der Wahlausgang im Wahlkreis Graz in besonderm auf das schwerste gefährdet ist. Der Lokalausschuss protestiert auf das entschiedenste gegen die Hetze die Genosse L. gegen Gen. Frey inszenierte und dadurch, statt eine friedliche Stimmung für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zu schaffen, denn Unfrieden Hass und Zwietracht aufs neue schürrte und entfachte.
Genosse Frey hat sich durch seine beiden Reichsräte in Graz die größte Sympatie Vertrauen unter der revolutionären Arbeiterschaft von Graz erworben und war durch seine Kandidatur der größte Trogbalken und die beste Garantie für einen günstigen Wahlausgang im Wahlkreis Graz.
Dadurch das Genosse Frey, unter dem Druke der Progrommstimmung gezwungen war alle seine Funktionen und seine Kandidaturen zurückzulegen ist die Lokalorganisation auf das schwerste gefährdet in der Wahlarbeit und im Wahlausgang.
Wir fordern das der parteivorstand alle Massnahmen trifft die es dem Genossen Frei ermöglichen seine Funktionen und Kandidaturen wieder zu übernehmen und in Zukunft es unterläßt neue Zwietracht zu sehen.
Der Lokalausschuss protestiert desweiteren, wegen des vollständigen Versagen des p.V. in der Deutschen Frage, durch dieses Versagen allein schon hat der p.V. nicht nur seine glatte Unfähigkeit bewiesen, sondern jeden Leigm gezeigt das nur der p.V. selbst an dem Rückgang der Partei die schuld trägt und nicht imstande ist die partei zu führen und sie zu einer Massenpartei zu gestalten.
trotz alledem wird der Lokalausschuss und die Mitgliedschaft alles daransetzen um einen günstigen Wahlausgang sicherzustellen, der Lokalausschuss lehnt es jedoch ab die Verantwortung für einen schlechten Wahlausgang zu übernehmen und erklärt jetzt schon, die Verantwortung für einen schlechten Wahlausgang fällt in jeder Beziehung nur auf den p.V. der mit seinem Methoden und durch seine Unfähigkeit die partei Zerstört.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Für den Lokalausschuss:

Graz, dem 13. September 1925

An alle Ausgebeuteten in Stadt und Land!

Am 21.Oktober werdet Ihr den Nationalrat wählen. Wir fordern Euch auf kommunistisch zu stimmen.

Wir Kommunisten kämpfen darum,dass Euer Elend ein Ende habe.Kein arbeitsfähiger Mensch soll von fremder Arbeit leben.Ihr Arbeiter in Stadt und Dorf,die ihr auf Euren Schultern die Gesellschaft tragt,die ihr in Werkstätten,Fabriken,Bergwerken,auf den Bahnen oder auf den Feldern ~~arbeitet~~ schafft,ihr Angestellte und Beamte die ihr für kargen Lohn öffentliches Eigentum verwaltet und den Reichtum einzelner mehren helft, ihr Frauen die ihr im proletarischen Haushalt,in den Werkstätten oder in den Fabriken ein noch kläglicheres Dasein fristet, ihr Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern,die der Kapitalismus immer tiefer drückt,ihr Invaliden und KRiegswitwen, die ihr als Opfer des imperialistischen Krieges schmachtet und auch ihr alle,die ihr mit offenen Augen das neuerliche Weltgemetzel des Imperialismus herannahmen seht,ihr alle die ihr einen sorgenvollen Alter entgegengeht müsst wählen:

Eigenen Untergang oder Kampf bis zur Vernichtung Eures Feindes,des Kapitalismus.

Die Kapitalisten,Grossgrundbesitzer,Grossbauern, die Herren über die Grossbetriebe in Stadt und Land und die über ihnen thronenden Magnaten der Banken und Börsen wollen Euch zwingen,ihr offenen und versteckten Helfer raten euch kampflos zugrunde zu gehen.

Die Raubpolitik der Christlichsozialen und Grossdeutschen im Kriege gestützt durch die Burgfriedenspolitik der sozialdemokratischen Führer,nach dem Kriege die Ausplünderungspolitik der monarchistisch gebliebenen Christlichsozialen gestützt durch die sozialdemokratischen Koalitionsminister zuerst

und der vor der Entente schweifwedelnden Grossdeutschen gestützt durch die sozialdemokratischen Koalitionsminister zuerst in offener Koalitions und dann in Scheinopposition haben Österreich dahin gebracht, dass die ungeheure Mehrheit seiner Bevölkerung im Elend versinkt, dass Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Massen aufzehrt, dass ein paar tausend Schieber und Gauner prassen und schwelgen

Nie dürft Ihr Genf vergessen!

Seipel hat den Sklavenvertrag geschlossen, die sozialdemokratischen Führer haben ihm die Mauer gemacht. Der Genfer Vertrag ist die völlige wirtschaftliche und politische Entmündigung Österreichs. Ein Staathalter des ausländischen Kapitalismus hat das Heft in Händen und herrscht über Österreich. Österreich ist Kolonie geworden der internationalen Bourgeoisie. In der Macht der sozialdemokratischen Partei lag es, den Genfer Vertrag zu verhindern. Sie hat es nicht getan, sie hat es nicht einmal versucht, nicht durch Massenaktion, ja nicht durch parlamentarische Mitteln. Für den Abschluss des Genfer Vertrages, der eine Umstürzung der Verfassung und eine Entrechtung selbst des bürgerlichen Nationalrates ist, war die Stimme der sozialdemokratischen Abgeordneten notwendig und diese haben für ihn gestimmt. Sie begnügte sich mit dem lächerlichen Schein des ohnmächtigen „ausserordentlichen Kabinettsrat" des Feigenblatts für den § 14 Zustand.

Die Kommunistische Partei blieb in ihrem Kampfe allein, der Raubvertrag wurde Gesetz.

Wir stehen erst am Anfang der Genferei. Gelingt es den jetzt herrschenden Parteien sich am Ruder zu halten, dann wird Seipel den Schlußstein zur Genfer Sanierung legen.

Dann wird der Achtstundentag vollkommen verschwinden, ihr werdet 9, 10, 11 und 12 Stunden täglich roboten müssen, dann werden alle sozialpolitischen Errungenschaften verschwinden, der Arbeiterurlaub, der Jugendschutz, das Verbot der Nachtarbeit der Frauen, ja selbst die Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte, Invalide, Witwen und Waisen werden schutzlos dastehen

[illegible] werden mit Füssen getreten werden, damit die Bahn frei sei für die schrankenlose Ausbeutung, dann wird die Ausplünderung der Massen masslos gesteigert werden, die Warenumsatzsteuer, die Monopolpreise und die Zölle auf den wichtigsten Nahrungs-und Bedarfsgegenständen, die Eisenbahn und Posttarife werden wieder und wieder in die Höhe schnellen. Dann werden die Staatsbetriebe insbesondere die Eisenbahnen an das Grosskapital um einen Papenstiel verschleudert werden, der Mieterschutz wird aufhören, die Zinse auf das 15 tausendfache des Friedenszinses emporschnellen und die Hausgeier diese Milliardenrenten einsacken, die Not unserer Frauen und Kinder wird ins Grenzenlose wachsen, die Arbeiter, die Angestellten und die kleineren und mittleren Beamten, die Lehrer und die Ärzte, die Kleinbauern, die Häusler und die Landarbeiter, die kleinen Leute im Handel und Gewerbe werden nicht nur alle Lasten für Stadt, Land und Gemeinde zu tragen haben, sondern die bisherigen Geschenke an die Bourgeoisie werden ins Unermessene gesteigert werden.

Dann werden die letzten Rechte der Ehrmänner verschwinden, dann wird mit Polizei und Gendarmerie, Heimwehren, Frontkämpfern und Hakenkreuzler jeder Widerstand, der sich erhebenden Arbeiter und proletarisierten Mittelständler blutig niedergeworfen werden. Dass ist die Sanierung, wie sie Seipel meint.

Um das zu erreichen schafft das Grosskapital mit riesigen Geldsummen faszistische, hakenkreuzlerische Organisationen, deren eigentlicher Zweck die endgültige Niederknüppelung der Arbeiterschaft ist. Diese Organisationen wollen die durch die Untätigkeit der Sozialdemokratie hervorgerufene Enttäuschung der notleidenden Mittelschichten und den von dieser unerfüllten Drang nach Aktivität ausnützen, sie wollen unter den Deckmantel eines demagogischen Programms die Verelendung dieser Massen im Dienste des Grosskapitals in Wahrheit nur noch mehr steigern und endgültig machen. Hinter den antisemitischen Phrasen steht jüdisches Kapital, das Pfaffen, Juden Faszistengesindel ist einig im Bestreben, die die arbeitenden Menschen bis zum letzten Blutstropfen auszubeuten.

Sogar die bürgerliche Republik soll abgeschafft [illegible]

werden.Die Regierung arbeitet in offenem Bündnis mit den Monarchisten an der Wiederaufrichtung der Monarchie.

~~Seit soll der restlose Sieg der bürgerlichen Parteien aussehen.~~

Uns was wollen die sozialdemokratischen Führer? Sie wollen,dass weiterhin „die Massen die Opfer tragen"sie versprechen euch die Grosskapitalisten zu grossen Opfern zu verhalten.Aber sie wollen doch in die Koalition!Glaubt ihr,die Bourgeoisie wird mit den sozialdemokratischen Führern ein Bündnis schliessen um Opfer zu bringen?Lasst euch nicht täuschen. Die 4 Jahre Koalitionspolitik seit dem Umsturz seien euch Warnung genug!Wenn ihr der Sozialdemokratie folgt,wird Seipel seine„Sanierung"vollenden.

Aber es ~~kann,soll und~~ muss anddes werden.Alle durch die Genferpolitik der christlichsozialdemokratischgrossdeutschen Front ins Elend gestossenen müssen sich sammeln

Zum Sturze der Seipelregierung

Zur Verhinderung jeder Koalitionsregierung

Zur Aufrichtung einer

Arbeiter und Bauernregierung,

die geführt von der Arbeiterklasse getragen ist von dem Bündnis der Arbeiter,mit den notleidenden Mittelschichten in Stadt und Land.

Im Kampfe für die Arbeiter und Bauernregierung werden wir die Pläne der Monarchisten zu schanden machen. Un an Stelle der Republik der Bosel,Sinnes und Castiglions die Republik der Arbeiter und Bauern schaffen.

Diese Arbeiter und Bauernregierung,die die ungeheure Mehrheit des Volkes hinter sich hat stützt sich auf die ausserparlamentarischen Organe des Proletariats,die Betriebsräte, die Gewerkschaften,die Ausschüsse zur Kontrolle der Produktion und Ernährung,die bewaffneten Betriebsarbeiter.Sie wird ihre ganze Kraft gegen die Feinde der werktätigen Massen,gegen die Grosskapitalisten und Grossagrarier,gegen die Wucherer,Schieber, Spekulanten und gegen die bewaffneten Gerden des Kapitals einsetzen. Sie wird an Stelle der Anarchie der grosskapitalistischen

einen ausbeuter Ordnung und Arbeitsfreude in das Wirtschaft bringen, sie wird die Steuer-Finanz-und Wirtschaftspolitik grundlegend auch umgestalten, statt die Massen wird sie die Reichen besteuern. Der Kampf um die Sanierung durch die Nationalisierung der Industrie und die Enteignung des Grundbesitzes wird eingeleitet durch die Erfassung der Sachwerte und durch die Kontrolle der Produktion, des Verkehrs, des Handels, der Banken und Börse, durch die Vertrauensmänner der werktätigen Bevölkerung.

Sie wird die Sachwerte erfassen, sie wird die Valuten und Devisenbestände, alle Luxusgegenstände, Gold, Silber, Juwelen der Ausbeuter und Schieber, die ~~Kunstschätze~~ Schätze in Kirchen, Tempeln und Klöster alles ohne Entschädigung in Beschlag nehmen. Hier wird sie die 745 Millionen Goldkronen finden, die der Völkerbund für die Rücksendung seiner 585 Millionen und des Diktators Zimmermanns verlangt, hier wird sie die Mittel zur Sanierung finden ohne auf die Wucherkredite der räuberischen Ententekapitalisten angewiesen zu sein, hier wird sie die Mitteln zu grosszügigen Investitionsarbeiten finden, die den Arbeitslosen und Kurzarbeitern Arbeit und Brotschaffen werden.

Sie wird die Bekämpfung des furchtbaren Wohnungselends, den Mieterschutz aufrecht erhalten und ausbauen, die Wohnungen der kommunalen Verwaltung übergeben, die vorhandenen Wohnräume rationieren, die Paläste und Villen den wohnungsbedürftigen zur Verfügung stellen und auf Kosten des Besitzes ein umfangreiche Bautätigkeit entfalten.

Zur Sicherung ihrer Macht wird sie die Wehrmacht die Polizei und Gendarmerie und den staatlichen Bürokratie, den Justizapparat eingeschlossen, von allen konterrevolutionären Elementen säubern und durch zuverlässige Arbeiter, Angestellte und Beamte ersetzen. Sie wird sie nicht zuletzt den hunderttausend Bundes Angestellten, die Seipel aufs Pflaster fliegen lässt, entnehmen.

Der Handelsvertrag mit dem Bunde der Sowjetrepubliken wird ausgebaut und reger Wirtschaftsverkehr mit dem auch

den breiten Massen der Arbeitslosen und Kurzarbeiter Arbeitsgelegenheit zu sichern.

Nur die Arbeiter und Bauernregierung wird der Verwahrlosung und dem Elend der Jugend Einhalt gebieten, die Spitäler und Kinderheime vor weiterer Sperrung bewahren, die Kinderversicherung, Witwen und Waisenfürsorge, Arbeitslosenversicherung, Alters-und Invalidenversicherung auf Kosten der Besitzenden schaffen, die Kranken-und Unfallversicherung, und die Pensionsversicherung der Privatangestellten ausbauen, Schulen wieder eröffnen und die Wissenschaft neu fördern.

Nur die Arbeiter und Bauernregierung wird die Pächter schützen, den Kleinbauern durch Beistellung von Gespannen und Maschinen, Versorgung mit elektrischer Kraft, Düngerliferung zur Seite stehen, für den alten Gemeindewald und die alte Gemeindeweide aus den Händen der Dorfgrossen zurück in die Nutzniessung der kleinen Leute im Dorfe bringen, sie nur will kann und wird den Arbeitern in Stadt und Land wirklichen Schutz angedeihen lassen.

Das Joch des Entente-Kapitalismus und seiner Trabanten zu brechen, den Raubvertrag von St.Germain und den Sklavenvertrag von Genf zu beseitigen wird das Ziel der Arbeiter und Bauernregierung sein und sie wird dazu gestützt auf Sowjetrussland den Weg finden durch den Kampf im Bunde mit dem internationalen Proletariat und durch den Anschluss an die kämpfende Arbeiterschaft Mitteleuropas insbesondere Deutschlands.

Kann dies alles durch die Wahl von Kommunisten in den Nationalrat erreicht werden?

Die Kommunisten wollen im Nationalrat auf weithin sichtbarer Tribüne die Forderungen des Proletariats jederzeit und ohne Rücksichten und Zugeständnisse vertreten, sie wollen alle übrigen Parteien in jedem Momente vor die Wahl stellen, für oder gegen das Proletariat. Die Kommunisten haben keine Illusionen über die Bedeutung der brügerlichen Demokratie. Sie wissen, dass die Entscheidung durch den rev. Massenkampf in den Betrieben und auf der Strasse herbeigeführt werden wird.

Wer keinen Selbstbetrug will, sondern heraus will aus der Not, der muss für die Einheitsfront der Arbeiterklasse für den Klassenkampf und für den Vortrupp der kämpfenden Einheitsfront, die Kommunistische Partei eintreten. In geschlossener Front allein vermögen die Unterdrückten alle hinweg zu fegen, si sich hindernd oder hemmend ihren Interessen entgegenstellen. So nur können sie ~~die Befreiung der österreichischen notleidenden Massen~~ erkämpfen, so können sie durch Erreichung des nächsten Zieles der Arbeiter und Bauernregierung im Anschluss an die kämpfende Arbeiterklasse aller Länder zur Überwindung des Kapitalismus gelangen.

Wer es ernst meint um das Schicksal des österreichischen werktätigen Volkes, der wähle am 21. Oktober kommunistisch. ~~Die Kommunistische Partei~~

Kommunistische Partei Österreichs
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

SEKRETARIAT
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHÖSTERREICHS
TELEPHON 11.186. WIEN VIII., ALSERSTRASSE 69. TELEPHON 11.185.

Wien, 29.September 1923.

Gen.

Josef F r e y ,

W i e n XII.

W.G.!

Im Besitze Deines heutigen Schreibens teilen wir Dir mit, dass es unrichtig ist, dass der Parteivorstand beschlossen hat, Dich als Listenführer für den Gemeinderat Wien XII aufzustellen. Wahr ist vielmehr, dass vom PV ursprünglich die Aufstellung an 4.Stelle vorgeschlagen war, wovon aber angesichts der Demission von allen Kandidaturen durch die Erklärung auf der Reichsvertretung und angesichts der Vereinbarung zwischen Vertretern des EKKI und dem PV, wonach nur die Kandidatur Frey in Graz aufrechtbleibt, Abstand genommen werden musste, wovon auch die Genossen des Lokalausschusses Wien XII verständigt wurden. Als aber der Lokalausschuss Wien XII gestern abends in einer Besprechung mit dem Präsidium des PV in Anwesenheit des Vertrauensmannes des EKKI darauf beharrte, Dich an die Spitze der Kandidatenliste für den Gemeinderat Wien XII zu stellen, widrigenfalls vier Genossen von ihrer Kandidatur zurücktreten, hat das Präsidium in der Zwangslage, in die es sich von den Mitgliedern des Lokalausschusses einen Tag vor dem Ablaufe der Frist zur Einbringung der Kandidatenlisten versetzt sah, der Pression zu weichen, dass aber auf den Lokalausschuss und auf die Kandidaten die volle Verantwortung und alle Konsequenzen fallen.

Mit Parteigruss

Das Präsidium des PV der KPOe :

Fr. Koritschoner
K/Tomann/Kurt

Kommunistische Partei Österreichs
Zentrale: Wien, VIII., Alserstraße 69
Fernsprecher 11.186

Wien, 4. Oktober 1923

An Gen. Frey!

Übermittle hiemit einen an Dich gerichteten Brief des Dr. [X] Rosenfeld und ersuche Dich gleichzeitig, so bald als möglich den bei Gen. Rothe erliegenden Revers der Kandidaten zu unterschreiben.

Mit Parteigruß

Der Reichssekretär für Organisation

2 Beilagen

Abschrift:

Kommunistische Partei Österreichs
Zentrale: Wien, VIII., Alserstraße 69
Fernsprecher 11.186

Wien, 4. Oktober 1923

An Gen. Frey!

Übermittle hiemit einen an Dich gerichteten Brief des Dr. [X] Rosenfeld und ersuche Dich gleichzeitig, so bald als möglich den bei Gen. Rothe erliegenden Revers der Kandidaten zu unterschreiben.

Mit Parteigruß

Der Reichssekretär für Organisation

2 Beilagen

Resolution des Lokalausschuss Graz im Auftrage eines einstimmigen Beschlusses der Vollversammlung.
R

An den Parteivorstand.

Der L.Au. bestätigt den Empfang der Schreiben des P.V. vom 26.u.27.September und erklärt hiezu folgendes:
1. der L.A. stellt nach wie vor fest das die Schreibmaschine rechtliches Eigentum der L.O. Graz ist. Die Behauptung des P.V. entspricht nicht den Tatsachen, die Schreibmaschine wurde vom ersparten Geldern die aus Ungarn zur Unterstützung der Inhaftierten Gen. der Grazern Organisation überwiesen wurden gekauft. Wir haben ein Schriftstück wo eine Anzahl Genossen die Damals in der Exekutive waren und Jetzt noch in der Partei sind mit ihrer Unterschrift obem angeführten Sachverhalt bestätigen.
2. Das Vorgehen des P.V. in dieser Angelegenheit trotz der an bekannten obem angeführten Tatsachen ist unerhört und steht einzig in der Kommunistisch. Internationale da. Das Vorgehen des P.V. ist eine grobe Verletzung der Rechte der Lokalorganisation, ein parteischädigender Mißbrauch der Disziplin, ein gewaltsamer Eingriff in das Eigentum der Lokalorganisation Graz. Der L.Au. stellt fest das der P.V. die Angelegenheit nicht vom Rechtsstandpunkt beurteilt und davon seine Stellungnahme und Handlungsweise abhängig macht, sondern vorweg mit Absicht die Rechtslage umgeschaltet und die Angelegenheit zur Machtfrage um das Prestige - - gestaltet hat. Diese Vorgangsweise des P.V. hat die größte Empörung der Grazer Genossen hervorgerufen, nur mit Mühe gelang es dem L.Au. die Gemüter der Genossen zu beruhigen.
3. Trotz all der obem angeführten Tatsachen wird sich die Lokalorganisation der unter dem Deckmantel Disziplin verhüllten Gewalt im Interesse der Partei fügen und die Schreibmaschine an das Landessekretariat ausliefern. Die Organisation verzichtet lieber auf die Schreibmaschine bevor sie es zuläßt das der P.V. aus der Lokalorganisation Graz ein Zweites Linz macht. Wir weichen nur der Gewalt um zu verhindern das der P.V. die grazer Organisation durch seine Gewaltmethoden zerstört.
4. Die Grazer Organisation wird den Kampf um die Schreibmaschine weiter führen bis das Recht über die Gewalt in der Partei gesiegt hat, das möge sich der P.V. merken.
5. Der Lokalausschuss legt den schärfsten Protest gegen die Gewaltmethoden des P.V. und insbesonders gegen Genossen Tomann ein.

Graz, am 11.Oktober 1925

Für die Lokalorganisation Graz:
Der Obmann:

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.
Es wurde beschlossen eine Abschrift der Landesleitung zur Information zu übersenden.

Betrifft :
Bericht über die Situation
in der Oberö Österreichischen
Partei und Jugend.

An den Parteivorstand der Kommunistischen Partei

Wien VIII

Werte Genossen!

Im nachstehenden gebe ich einen Bericht über die Ergebnisse der Sitzung mit der Kreisleitung und dem Ortsgruppenausschuss der Jugend und einer mit Einverständnis des Parteivorstandes mit einigen Mitgliedern der Oberösterr.Landesorganisation gepflogenen informativen Besprechung.

Es war meine Aufgabe zu untersuchen, ob die Jugend die Wahlarbeit wie gegliedert haben oder hindern werde, wie die Solidaritätserklärung der Jugendzentrale kam, ob der Beschluss, keine Kandidaten in Oberösterreich als Zwangmittel gegen den Parteivorstand angewendet wude um die Aufhebung der Suspendierten zu erzwingen und was die Genossen veranlasst hatte den Beschluss, sozialdemokratisch zu wählen, zu fassen.

Zunächst zur Jugend : Die Jugend hat tatsächlich eine Vertrauenserklärung für die Landesleitung abgegeben, allerdings in mündlicher Form, die leicht schärfer ausgelegt werden kann als eine schriftliche Dass diese Erklärung keiner Rebellion gegen die Statuten und übergeordnete Instanzen gleichkommt, geht schon aus der Tatsache hervor, dass der Vertreter der Jugend für die Annahme der Suspendierung der Landesleitung eingetreten ist, allerdings um lediglich dem formalstatutarischen Bestimmungen genüge zu tun und bei gleichzeitiger Feststellung, dass sie von dem Beschluss des P.V. als einen schweren Fehler und die Berufung auf den Illegalitätsparagraphen für unrichtig erachte. Es ist nun aus der bei Bekanntgabe des P.V.Beschlusses unter den Vertrauensmännern der Partei und Jugend hervorgerufenen Erbitterung verständlich zu zerreiben, wenn die Vertreter der Jugend die Erklärung abgeben, die suspendierte Landesleitung anzuerkennen und dem Parteivorstand das schärfste Misstrauen auszusprechen. Die Jugend hat

weiterhin das grösste Vertrauen zu der Landesleitung,von der sie überzeugt ist,dass sie die Fahlerbeit im Sinne der Beschlüsse der KP eingeleitet hatte und im Sinne des PV fortführt.Sie hält die Vorraussetzunge und die Gründe des PV. die zum Beschluss der Suspendierung führten für richtig.Ferner ist sie überzeugt,dass der Landesleitung nicht nur jede Absicht der Sabotage fernelegt ,sondern dass die Fahlerbeit sowohl im Landes o als auch im Ortsmassstabe nur im Verein und mit Unterstützung der im der Landesleitung befindlichen Genossen überhaupt geleistet werden könne, welche Genossen doch die Auslese der aktiven Parteiarbeiter in Oberösterreich sind. Die Beratungen fanden ihren Abschluss in folgender schriftlichen Resolution :

"Die Kreisleitung und der Ausschuss der Ortsgruppe Linz der Kommunistischen Jugend erklären auf ihrerer Sitzung vom 14.IX. dass sie mit aller Kraft die Landesleitung und den Ortsgruppenausschuss der Linzer Organisation zu denen sie das vollste Vertrauen haben in der Durchführung des Parteivorstandsbeschlusses unterstützen und mit äusserster Aktivität führen werden.

"Sie nehmen mit Befriedigung die Erklärung des Vertreters des Parteivorstandes zur Kenntnis,dass ein Schiedsgericht unter Beisein von internationalen Vertretern in Angelegenheit der Oberoesterreichische Organisation und der schwebenden strittigen Fragen einberufen wird.

" Sie erklären,dass der Beschluss des Parteivorstandes vom 2.Oktober nur auf Grund ungenügender Kenntnis der Arbeit der Landesleitung und Lokalorganisation in Bezug auf die Vorbereitung der Fahlen zustande gekommen sein kann,dass die ausdrückliche Berufung auf den Illegalitäts-§ der unmittelbare Anlass zur Solidaritätserklärung für die Landesleitung war und dass die Jugendorg.OberOest. im Hinkunft alle Schritte im Einvernehmen mit der Jugendzentrale unternehmen wird."

Zur Lage in der Partei.Soweit ich mit Genossen Fühlung nehmen konnte,fand ich überall eine äusserst gereizte Stimmung vor.Der Parteivorstand hat in den Augen der Genossen nahezu seine ganze Autorität eingebüsst Das ist einer Reihe von Tatsachen,die sich im Laufe des Jahres abgespielt haben zurückzuführen.Das Verhalten der Parteivorstands-vertreter Rothe,Tomann,Polzer hat zunächst bei den Linzer Genossen grosse Erbitterung hervorgerufen.Auf die Einzelheiten,die ja weit zurückliegen kann ich in diesem Rahmen nicht eingehen Der Umstand,dass für das Traunviertel ein vollständig unbekannter,der ortsansässigen Bevölkerung vollständig fremder Genosse als Kandidat aufgestellt wurde fand bei den Steyrer Genossen kein Verständnis.Die Art der Ausregistrierung bei Anwesenheit des Linzer Genossen Dolleroder ,die nach Angabe desselben nach rein persönlichen Gesichtspunkten der Genossen Tomann und Polzer erfolgt hat das Vertrauen zum P.V. vollständig untergraben.(Von bewies mir die Oberflächlichkeit der Umregistrierung an der Tatsache,dass zwei Genossen,dass sind Poldi und Fritz Bauer überhaupt keinen Bescheid erhielten,hingegen Ackerl,der früher der Fischiererrichtung angehörte und vom damaligen Linzer O.G.-Ausschuss der die Mehrheit der Fischiergruppe verkörperte deswegen ausgeschlossen wurde weil er Exim sozialdem.Tagblatt einen offenen Angriff gegen Cepek unternahm als Parteimitglied registriert wurde!)Grosse Empörung haben die den Linzer Genossen zu Ohren gekommenen Entstellungen und Unrichtigkeiten über das Verhalten der Linzer Genossen bei der letzten Gemeinderatswahl hervorgerufen.Die Linzer Genossen hatten damals den vom P.V. vorgeschlagenen Wahlvorschlag nicht zur Kenntnis genommen,weil der Parteivertreter Rothe weder in der persönlichen Besprechung noch in irgendeiner Sitzung den Beschluss des Parteivorstandes begründen wollte ,warum Deubler und Fischierer,die populärsten Genossen in Linz nicht als erste in der Kandidatenliste stehen.Rothe änderte ,nachdem er sich mit der Minderheit entfernt hatte,selbständig den Parteivorstandsbeschluss, die Fischierergruppe reichte ihre eigene Liste ein.Nachdem diese bereits eingereicht war,reichte Mayer für die Cepekgruppe den von Rothe geänderten Parteivorstandsvorschlag ein.Die Genossen erklärten,dass sie den Fehler nicht entschuldigen wollen,aber dass man andererseits gegen sie nicht mit Verläumdungen

und Entstellungen arbeiten dürfe. Hiezu kommt noch, das letzte Ereignis hiezu: dass der P.V. die Suspendierung der oberösterreichischen Landesleitung auf Grund vollkommen falscher Zugrundelegung und mit Berufung auf den Illegalität § 50/ des Statuts vornahm, dessen Wortlaut mit dem Sachverhalt absolut nicht in Einklang zu bringen ist. Schliesslich sind die Mitglieder der Landesleitung äusserst ungehalten über das Verhalten des Gen. Fiala in Oberösterreich, der ihrer Auffassung nach versucht hat, gegenüber Deubler zu intrigieren und zu dessen Berichterstattung beim P.V. kein Vertrauen gezeitigt wird. Schliesslich hat die Tatsache, dass die Gen. Tomann und Polzer Briefe an die Genossen Futterer und Gichammer in Steyr bzw. Neuzeug - Letten - Genossen, die bisher auf der Linie des P.V. standen - schrieben, in denen sie die ganze Schuld an den Zuständen in der Ob. Gest. Organisation dem Gen. Deubler beimessen, auch den letzten Teil der hinter dem P.V. stehenden Genossen in Opposition zu demselben gebracht. Zur Stellungnahme der oberösterreichischen Landesleitung zu den Nationalratswahlen nachstehend folgendes:

X Die Annahme des P.V., dass die oberösterreichische Landesleitung bewusst auf die Sabotage der Wahlarbeit ausgegangen ist, um eine Einreichung der Kandidatenliste unmöglich zu machen, ist auf Grund der mit vorgelegten Tatsachen, Dokumente, Briefe meiner Ansicht nach nicht richtig. Ich hoffe, Gen. Fiala wird zum selben Ergebnis gekommen sein. Einige Tatsachen: Die reichhaltige Korrespondenz der Landesleitung weist eine Menge Briefe, die Direktiven zur Wahlarbeit beinhalten auf, ferner wurden in stundenlanger Arbeit vom Gen. Deubler und Hermann Bauer die handschriftliche Vervielfältigung der vom P.V. zugesendeten Direktiven vorgenommen. Genosse Deubler bemühte sich, mit Gen. Futte 4 Wochen vor der Wahl in einer Vertrauensmännerkonferenz in Steyr gegen die missmutige und äusserst deprimierte Stimmung bei den Funktionären über die ihrer Ansicht nach vollkommen fehlerhafte Wahltaktik. Gen. Deubler traf die Vorbereitunge zur Wahlarbeit in Wels und es ist zweifelhaft, ob die Genossen ohne sein Hinzutun, die Wahlrabeit im geleisteten Ausmass gemacht hätten. In Linz wurde leider zu spät, denn die Landesleitung wollte sich nicht in die A

gelegenheiten des vom P.V. eingesetzten O.G.-Ausschusses einmengen,die Lin zer Organisation neuß aufgebaut,nachdem wochenlang keine Mitgliederversamm lungen und Ausschusssitzungen schliesslich nur mit 2 Mitgliedern zustandekamen.Da keine Hoffnung bestand,dass der alte Ausschuss die Organisation aufrichten könne,wurde von der Landesleitung mit Hilfe der Jugendorganisation eine Mitgliederversammlung einberufen,die seit langem wieder ß 43 Mitglieder vereinte und in der über die W a h l a r b e i t gesprochen wurde.Ueberall wurde also die Vorbereitung zur Wahl und zur selbständigen Kandidatur der K.P. geleistet.

Worauf durch ist die Tatsache ,dass in Steyr und Linz nicht die notwendige Anzahl von Unterschriften aufgebracht wurde und der Umstand,dass in Wels 300 Unterschriften zustandekamen,zu erklären.Weder in Linz noch in Steyr hatte man angenommen,dass der Widerstand bei den eigenen Mitgliedern und Vertrauensleuten so gross sein würde,dass die notwendigen Unterschriften nicht zustande zu bringen wären.Beide Organisationen wurden knapp vor dem Einreichungstermin von der Tatsache überrumpelt,dass es den Sprengelfunktionären unmöglich war,die Unterschriften aufzubringen.In Steyr versuchte Futterer noch knapp vor der Abfahrt zur Landesleitungssitzung die restlichen Unterschriften aufzubringen,aber es war vergebens. Die Organisation hat mit der Abfahrt des Gen. Grün nach Deutschlandß einen Rückgang zu verzeichnen.In Linz glaubte man,dass nach der Mitgliederversammlung in der allerdings nur 36 ihre Unterschrift gaben,dass die restlichen ohne weiteres aufzubringen wären.Selbst die suspendierten 4 Genossen und ein Teil der Ausregistrierten gaben ihre Unterschriften.Dafür aber verweigerten eine Reihe anderer Genossen,die Mitglieder der K.P. sind die Unterschriften,solange in Angelegenheit der Umregistrierung und Suspendierungen keine Klarheit geschaffen sei.Bevor man noch gegen auf die Genossen,die die Unterschriften verweigerten,Einfluss nehmen konnte,war es bereits zu spät.Unter dem Eindruck dieser Berichte beschloss die Landesleitung in ganz Oberösterreich ,sich der Kandidatur zu enthalten - niemals hat sie den Beschluss zu Wahlenthaltung gefasst - um der Sozialdemokratie und

ß siehe Ergänzung

Zu Seite 5:

Ergänzung

Dass die Welser Organisation 300 Unterschriften aufbrachte ist einerseits darauf zurückzuführen, dass diese Organisation am wenigsten erschüttert wurde, andererseits aber auf einen Trick, der natürlich nicht auf alle Organisationen bei sonstiger Gefahr einer eventuellen Kompromittierung der K.P. angewendet werden konnte. Unter dem Vorwand, dass die auf Listen, die über den Zweck des Unterschriftensammelns keinen Vermerk hatten, gesetzten Unterschriften die Beitrittserklärung zum republikanischen Schutzbund sei, wurde eine erhebliche Anzahl von Unterschriften zustandegebracht. Genosse Deubler konnte nur mit Mühe und Not dem Funktionär des oberost. rep. Schutzbundes, der nicht genau wusste, worum es sich handelt und Aufklärung über Sonderaktionen der K.P. im republikanischen Schutzbund wollte, auseinandersetze, dass die ganze Angelegenheit auf einem argen Missverständnis beruhe.

der Oeffentlichkeit die Tatsache der Nichtaufbringung der Unterschriften politisch leichter verteidigen zu können.

Unrichtig ist,dass die Landesleitung vor diesem Beschluss auf die Welser Organisation zum Verzicht auf die Kandidatur einzuwirken versuchte,richtig ist vielmehr,dass allerdings auf Grund des Landesleitungsbeschlusses,der Welser Organisation nahegelegt wurde,von der Kandidatur Abstand zu nehmen,zu welchem Beschluss der eine der Welser Organisation entsandte Genosse seine Zustimmung gab.Als jedoch die Welser Organisation sich nicht einverstanden erklärte,wurde keine irgendwie gearteten Druckmittel gegen sie angewendet.Im Gegenteil Gen. Deubler hielt selbst die Wahlrede,in der er genau die Direktiven des P.V. befolgte ,ja es gelang ihm sogar,die durch eine rethorische Entgleisung und von Sozialdemokraten disqualifizierte Haltung des Gen. Fiala geführdete Versammlung in jeder Beziehung zu einem Erfolg für die K.P. zu gestalten.

Der Beschluss des P.V. ,so sicherten mir alle Genossen zu,wird genauestens eingehalten werden,obzwar die Genossen der Ansicht sind,dass dieser Beschluss nicht aus der Erkenntnis politischer Notwendigkeit entspringt,sondern um mit ihren Worten zu sprechen,einer provokatorischen Absicht entspreche,die Landesorganisation und die angeschuldigten Funktionäre zu organisationsschädlichen und undisziplinierten Handlungen zu verleiten.

Der Beschluss,sozialdemokratisch zu wählen,wurde vorbehaltlich der Zustimmung des P.V. gefasst und ist die Darstellung des Gen.Fiala in der Mitgliederversammlung in Lambach,wo er den Beschluss als eine partikularistische Eigenmächtigkeit der L.L. darstellen wollte,unrichtig.Die o.g. Gen. erklärten mir,dass sie damit das Vertrauen zu Gen. Fiala, verloren hätten und meinen,dass er auch in Wien unobjektiv berichtet haben dürfte,wird mir den Wunsch äusserten,den P.V. und den Vertreter der Intern. selbst zu informieren,was jedoch mit der Einsetzung des Schiedsgerichtes überflüssig geworden sei.

Ferner wurde festgestellt,dass der Brief des Gen. Hermann Bauer

kein Ultimatum an den P.V. sein sollte,die Entscheidung über Umregistrierung und die 4 Suspendierten durch die Stellungnahme der Landesleitung zur Wahlarbeit zu erzwingen.Dass dieses Vorhaben der Landesleitung fernegelegen sei,belegen die Genossen mit der Tatsache,dass sie dem Parteivorstand zur selben Zeit,wie alle anderen Mitglieder der L.L., von der Einberufung der Sitzung verständigt hatten.Das Nichterscheinen eines Vertreters des P.V. hat Verwunderung hervorgerufen,um so mehr,als ja auf der Tagesordnung die Wahlarbeit stand und zur Wahlvorbereitung bis zu dem Datum kein Vertreter des P.V. sich in Oberösterreich eingefunden hatte,eine Tatsache,die wohl keiner anderen Organisation in Oesterreich unterlaufen sein dürfte.

Der Beschluss,die Suspendierung der Landesleitung durch den P.V. nicht zur Kenntnis zu nehmen,entspricht einem spontanen Vertrauensvotum für die Landesleitung,die natürlich weit über den Rahmen der statutarischen Befugnisse einer solchen Instanz hinausgeht.Das Auftreten des Jugendvertreters auf Durchführung der Suspendierung hatte nur zur Folge dass die Vertrauensleute einstimmig sich für die~~s~~ Nichtzurkenntnisnahme aussprachen.Die Organisationen und Vertrauensleute sehen in den letzten Wochen eine merkliche Konsolidierung der Organisation und gewannen das Vertrauen zur Landesleitung als Institution wieder.Die Vertrauensleute halten keine andere L.L. für arbeitsfähig .Die L.L.ihrerseits steht auf dem Standpunkt,dass mit dem vom Vertreter des P.V. eingelegten Veto~~x~~ gegen den Beschluss sozudemzu stimmen,eine offiziöse Anerkennung resp. Bildung der L.L. durch den P.V. erfolgt ist und halten die Fortführung der Arbeiten für notwendig,wenn nicht der Bestand der K.P. in Ob.Oest. überhaupt gefährdet werden soll.

Ich vertrat den Gen. gegenüber den Standpunkt,dass der Beschluss auf Nichtanerkennung der Suspendierung ein Bruch und Fehler gewesen sei,und kam mit den Gen. überein,dass sie an den P.V. eine genauere Darstellung der Situation einschicken.

Mit kom.Gruss

Hausmann

Resolution.

In rasendem Lauf spitzt sich die Lage in Deutschland zu. Nur folgende Lösungen sind möglich: Kapitulation vor dem Ententeimperialismus: das wäre die Oesterreichisierung Deutschlands, das wäre die Verewigung der Oesterreichisierung Oesterreichs.
Verhinderung der Kapitulation durch einen faschistischen Putsch: das wäre der Versuch die deutsche Arbeiterklasse niederzuschlagen, um den nationalistischen Krieg von 1914 wieder aufzunehmen.
Verhinderung der Kapitulation durch eine revolutionäre Arbeiter und Bauernregierung, die das Bündnis mit Sowjetrussland schliesst und die Tribute an die Entente auf Kosten der deutschen Kapitalisten solange entrichtet bis sie stark genug ist, das Joch des Ententekapitalismus zu brechen. Mag sein, das der Faschistenputsch Deutschland zerreisst und ein faschistisches Süddeutschland entgegenstellt einen Arbeiter und Bauernstaat Nord und Mitteldeutschland. Dann entbrennt in breitester Front der offene Bürgerkrieg in Deutschland. Das Oesterreichische Proletariat muss den revolutionären Kampf der deutschen Arbeiterklasse mit allen Kräften unterstützen.
Die österreichischen Proletarier müssen kämpfen gegen alle die von Oesterreich aus den Faschistenputsch in Deutschland fördern: gegen alle Arten von Faschismus in Oesterreich und seine offenen und versteckten Geldgeber und Helfershelfer. Sie müssen kämpfen gegen alle die von Oesterreich aus die Kapitulation Deutschlands fördern, wie es unter anderen auch die sozialdemokratischen Führer tun.
Die österreichischen Proletarier müssen die Entwicklung in Deutschland aufmerksam verfolgen. Sie müssen die Erfahrungen der Deutschen Arbeiterklasse ausnützen für den Kampf gegen den österreichischen Faschismus; sie müssen lernen ihn auch ideologisch und politisch zu bekämpfen. Sie müssen lernen aus der Politik der Sozialdemokratie Deutschlands das Wesen der österreichischen Sozialdemokratie zu erkennen. Die Tatsache des Hilferdingschen Bankrotts muss ihnen ins Hirn hämmern, dass jede Art von Koalitionspolitik das Proletariat in den Abgrund führt.
Die österreichischen Proletarier müssen die Lage in Deutschland ausnützen, um die revolutionäre Entwiklung auch in Oesterreich vorwärtszutreiben.
Vom ersten Augenblick an die Aufmerksamkeit des österreichischen Proletariats auf die Lage in Deutschland zu lenken, die österreichische Arbeiterklasse aufzurufen zur Unterstützung der kämpfenden Brüder in Deutschland und die revolutionäre Zuspitzung der deutschen Lage auszunützen um den revolutionären Kampf in Oesterreich vorwärts zu treiben, das war und ist die Aufgabe der K.P.Oesterreichs.
Diese Aufgabe hat die Partei nur unzulänglich erfüllt. Die Partei muss den Kampf der deutschen Arbeiterklasse aktiv unterstützen und für den Vormarsch des österreichischen Proletariats ausnützen.
Dass die Partei die Mitglieder über die Taktik, die die erweiterte Exekutive gegen den Faschismus eingeleitet hat, durch wochen hindurch, überhaupt nicht informiert hat, dass sie es unterlassen hat diese Taktik den Mitgliedern rechtzeitig verständlich zu machen, hat der Sozialdemokratie die erwünschte Gelegenheit gegeben unter der Losung: "Hackenkreuz und Sowjetstern" zum Angriff auf die Kommunisten überzugehen, durch die Mitglieder, da sie vollkommen unvorbereitet waren, in den Betrieben in grosse Schwierigkeiten gebracht und in breiten Kreisen der Mitgliedschaft grosse Verwirrung angestiftet hat. Aber auch nach diesem Angriff hat die Partei die Taktik der K.P.D. nicht genügend beleuchtet, mehr noch, sie hat sich sogar gegen diese Taktik gestellt. Gewiss, die Taktik der K.P.D. gegen den Faschismus darf nicht schablonenhaft angewendet werden, aber die Partei hat die Anwendung dieser Taktik überhaupt abgelehnt. Das ist formell ein Bruch der Beschlüsse der Erweiterten XX Exekutive, politisch aber ist es ein schwerer Fehler.

Die Taktik der Exekutive der Kommunistischen Internationale ist ein Fortschritt der revolutionären Taktik. Die Wiener Vertrauensmännerkonferenz erwartet, dass die Partei in Sinne dieser Taktik handeln wird.

Heran an die Arbeitermassen! - das ist die Hauptlosung der K.P.Oe. Aber Tatsache, dass es in Oesterreich proletarisierte Mittelschichten gibt, Angestellte, niedere und kleinere Beamte und auch viele kleine Leute in Stadt und Dorf, die Tatsache, dass diese proletarisierten Mittelschichten unter allen möglichen Schlagworten vom österreichischen Faschismus im Schlepptau gezogen werden, die Tatsache zwingt der Partei auch die Losung auf: Heran an die proletarischen Mittelschichten! - um sie aus dem Bann des Faschismus zu lösen.

Kein besseres Mittel zur Bewältigung all dieser Aufgaben gibt es gegenwärtig als die Losung Arbeiter und Bauernregierung, die allen Notleidenden, auch den proletarisierten Mittelschichten, den Weg zeigt, auf dem sie unter Führung der Arbeiterklasse die Befreiung aus der gemeinsamen Not erreichen können. Aber die Partei darf auf die entscheidendsten Argumente, die die sozialdemokratischen Führer der Losung der Arbeiter und Bauernregierung entgegen werfen nicht schweigen, sonst schwächt sie die Anziehungskraft dieser Losung. Sie muss es verstehen alle Argumente der Gegner zu entkräften und die Losung besser und konkreter als bisher zu propagieren.

So im Kampfe für die Arbeiter und Bauernregierung, im Kampfe gegen den Faschismus und indem die Partei die revolutionären Aufgaben, vor die sie die sich zuspitzende Lage in Mitteleuropa [illegible] und das Fortschreiten der Kapitalistischen Offensive in Oesterreich selbst stellt, so wird die Partei auch die Wahlen Politisch am besten vorbereiten.

Die K.P.Oe und die deutschen Ereignisse

Das Verhalten der K.P.Oe. zur deutschen Frage zeigt seine vollständige Unfähigkeit ,eine politische Partei führen zu können ,auf.

I.Vollständige Passivität

Schon vor den Wahlen hätte die K.P. das deutsche Beispiel in die Wahlpropaganda stellen müssen.Aber selbst als sich die Lage immer mehr zuspitzte,Sachen in äusserster Gefahr stand lass man nichts als Phrasen in der Roten Fahne.

Leitartikel v.27.Okt. "Hoffen wir dass die oesterreichische Arbeiterklasse,wenn das Proletariats Deutschlands sich machtvoll erhebt, Stresemann u. seine Stinnes-Sozialisten durch einen Generalstreik zum Teufel jagt,wie einst die Regierung Cuno,sich seiner Lage bewusst werden wird."

" Mit aller Kraft und der Zusammenfassung aller Teilbewegungen wird auch die Arbeiterschaft Oesterreichs das reich des Kanzlerprälaten ... zu zertrümmern wissen"

Leitartikel vom 25.X.: " Die Arbeiter müssen sich wehren und den Kampf aufnehmen gegen die Heimwehrbanditen"

Leitartikel vom 30.X.:Solidarisch mit den Klassengenossen Deutschlands müssen wir uns zur Wehr setzen.Der Kampf gegen die österreichische Reaktion ist ein Akt der Solidarität für das bedrohte Mitteldeutschland."

Bis zum 28.X. zeigte die K.P. aber nirgend auf ,was zu tun sei.Der P.V. hätte gleich bei Beginn der Gefährdung der sächsischen Arbeiterregierung sich an die proletarischen Organisationen Oesterreichs wenden können,um zu fordern:

1.Verlässliche Wehrformationen an die Grenze
2.Entwaffnung und Auflösung der gegenrevolutionären Formationen
3.Bewaffnung und militärische Uebungen des republikanischen Schutzbundes
4.Sofortige Verhinderung von Munitionstransporten.
5.Sofortige Sammlungen und Spenden der österreichischen Gewerkschaften für die deutschen Bruderorganisationen.
6.Lebensmittelsendungen durch die österreichischen Genossenschaften
7.Unterstützungen der proletarischen Gemeinden für eingekerkerte und hungernde deutsche Arbeiter.

Der Aufruf zum politischen Widerstand erschien viel zu spät.Ein Aufruf zum Zweck der Wirtschaftshilfe wurde überhaupt nicht erlassen,bis

selbst eine wirtschaftl.Hilfaktion einleitete.Die Parolen des Aufrufs machen die K.P. nur lächerlich: z.B. "Zuverlässige Wehrleute an die Grenzen,also nicht Formationen sondern einzelne Wehrleute.Beim 2.Aufruf wurde einfach die Forderung "Entwaffnung und Auflösung der gegenrevolutionären Formationen" vergessen Die Forderung nach dem Ausbau des R.S.B. ist ungenügend.Die S.P. baut doch tä lich aus.Aber der Aufruf wandte sich nicht an die S.P. zur gemeinsamen Abwehr sondern sagte: Im Zeichen der Einheitsfront **über die Köpfe der Sanierungssozialisten hinweg** wird sich die Arbeiterschaft zum Kampfe sammeln."Und das eine Woche nach dem Ausgang der Wahlen,die die Partei der Lächerlichkeit preisgaben.

II.Die Kritik der deutschen Sozialdemokraten.

Anstatt den Zersetzungsprozess und die Bankerottpolitik der S.P. D wirklich tiefgründig u. überzeugend auseinanderzusetzen erging sich die R.F. nur in der Aufzählung der Missetaten einzelner Führer.Selbst die A.Z.besorgte die Kritik der deutschen S.P. besser als unsere Rote Fahne.Auf den Arbeiter wirkt durchaus nicht das Geschimpfe sondern die Tatsache,dass die SPD zu vollständiger Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist.Im allg.beschränkte sich die darauf ,nicht die Ereignisse in ihrer Konsequenz aufzuzeigen,sondern zu sagen Seht das sind dieselben Sozialdemokraten wie in Oesterreich.Der Arbeiter der die oesterreichische SP. radikaler einschätzt musste daher sofort gegen die KP voreingenommen werden.

III.Die Kritik der oesterr.Sozialdemokratie

Die KPOe stellte die SPOE vor keine Alternative.Ihr Renomee verstand sie zu retten ,trotz des Bankerotts der KPD.Sie kritisierte ~~hinten~~ in zwingenderer Form als die KPOe.die Taktik der SPD und sagte damit dem Arbeiter :wir sind andere,bessere Leute als die drüben."Und sie leitet die Wirtschaftshilfe ei während die KP sie nicht einmal gefordert hatte.So beraubte die SP die KP je schlagkräftigen Waffe.Nervlose Kritik überzeugt die SP Arbeiter nicht.Die KP hat weder aufgezeigt was nötig ist noch hat sie die Möglichkeit etwas zu t Diese moralische Niederlage ist ebenso gross wie die Wahlniederlage,nur äus sie sich nicht in Zahlen.Es ist eine unsichtbare B Niederlage.Anstatt die Einheitsfrint zu fordern,schreit die RF wie der kleine Gernegross: "Weg Ueb

"Ueber die Köpfe der sozialdemokratischen Führer hinweg!" Damit schlägt sie für alle Zeiten unsere wichtigste Forderung nach der Einheitsfront den Agitatoren und Vertrauensleuten der KP aus der Hand denen man Demagogie vorwerfen wird, weil sie die Parole der Einheitsfront im Munde führen aber die Führer beseitigen wollen. In einem Atem mit dieser Feststellung fordert die KP aber jedenfalls ein gemeinsames Komitee. Zuerste weg mit den Führern dann gemeinsames Komitee. Das wird kein Arbeiter begreifen.

IV. Die Schreibweise der Roten Fahne

Sie hat überhaupt keine politische Meinung. In den Artikeln die von Koritschoner oder auch sonst jemand geschrieben werden findet man Beistriche und Tatsachen, aber keinen Gedanken. Die Tatsachen, die ohnehin schon in den Telegrammen stehen werden schön säuberlich im Artikel aneinandergereiht. Man lese die "Freie Presse" und wird eine bessere Verwertung und richtigere Perspektive finden als in der RF. Auch die AZ verstand es besser und eindeutige den Bankerott der KPD darzustellen wie die RF. Gerade zur selben Zeit wo die KPD eine Aenderung der Taktik vornahm, nachdem sie KP. schon politische Arbeiterräte (also über die Parole der Arbeiter und Bauernregierung schon hinausging) forderte, erschienen die Aufrufe der KPD zu zur Zuspitzung des Kampfes. Das bedeutet eine direkte Irreführung der Kommunisten. Unsere Genossen müssen die Empfindung einer Niederlage der KPD gehabt haben, wo dieselbe gerade einer Provokation der deutschen Bourgeoisie und einer Katastrophe entging. In Wirklichkeit hat die KP die ungewisse Entscheidung hinausgeschoben um sich den Rückhalt im Reich noch völlig zu verschaffen und ihren Einfluss organisatorisch zu sichern. Es gilt die linksradikalen Sozialisten die natürlich politisch äusserst unzuverlässig sind zu überwinden und die org und militärischen Voraussetzungen zu einem allgemeinen Aufstand zu unterminieren. Die KP hat auch nicht zum Generalstreik aufgerufen, sonst wäre die Abwehr ganz anders ausgefallen. Sie sagte vielmehr, dass nur der Generalstreik ein Mittel der Abwehr sein könne, sie machte den Generalstreik also von den Gewerkschaften und der SP abhängig um dieselben zu kompromittieren. Nichts davon in der RF. Aber schon sagte sie es sei eine Niederlage des deutschen Proleta-

riates "G Niedergeschlagen doch nicht besiegt ".Das gerade in dem Augenblick als die KPD gerad der Niederlage mit knapper Not entgangen ist.Aber die KF ist schnell dabei die Niederlage - in Deutschland fe:tzustellen,auch wenn. sie nicht da ist,in Oesterreich verschweigt sie dieselbe auch wenn sie jedes Kind sieht.Das heisst sich in die Rolle des Königs in Andersens Märchen zu versetzen der doch selbst einredet ein schönes prächtiges Gewand anzuhaben,während alle Leute sehen dass er nackend einhergeht.

Jede andere Leitung den Arbeitern hätte es besser getan als dieser nach fraktionellen Gesichtspunkten aus Unfähigkeiten zusammengesetzte P.V. denn man hätte wenigsten die Dummheiten unterlassen,die uns lächerlich machen,wenn vielleicht auch nicht immer die aktivste Losung gefunden worden wäre.

Anmerkungen zum Artikel des Gen. Frey.

Das 1. Kapitel beginnt mit folgendem Zitat aus dem Buche Otto Bauers: "Im Frühjahr 1919 wurde die Diktatur in Ungarn und Bayern proklamiert; in Österreich wehrte die Sozialdemokratie den Ansturm des Kommunismus ab."

In der Polemik gegen Otto Bauer fehlt dann aber jede Andeutung des Kampfes der Sozialdemokratie gegen den österreichischen Kommunismus. Wohl ist an verschiedenen Massnahmen der österreichischen Sozialdemokratie Kritik geübt, aber nur an solchen Massnahmen, die auch innerhalb der damaligen Sozialdemokratischen Partei zu Auseinandersetzungen geführt haben; und zwar:

1) an der Entwaffnung der proletarischen Soldaten

2) an der Art der Aufstellung der Polizei,

3) am Wehrgesetz ect.

Es fehlt aber:

1) Eine Kritik der Darstellung der Volkswehr (Spaltung der Roten Garde etc),

2) Eine Kritik der bewaffneten Unterdrückung der kommunisitschen Bewegung,

3) Eine Kritik der Auflösung der Roten Garde.

Otto Bauer deutet aber ganz deutlich auf diese militär- politi wischtigsten Kampfhandlungen der Sozialdemokratie gegen den österreichischen Kommunismus hin.

Wenn man in solchen Weise in einer Kritik der sozialdemokratischen Politk im Jahre 1919 von den sozialdemokratischen Kampfhandlungen gegen die kommunistische Bewegung schweigt, so muss das den Eindruck rewecken, dass man sich etwa dieser Zeit zu schämen hat. Die kommunistische Bewegung hat wohl die Pflicht kritisch auch die Geschichte zu betrachten, sie wird aber niemals ihre Geschichte ignorieren dürfen,/

Dabei ist es ~~XXXXXXXXXX~~ politisch keineswegs notwendig in die Polemik gegen Otto Bauers Buch auf Einzelheiten die Taktik des Jahres 1919 zurückzukommen. Aber die allgemeine Linie der kommunistischen Partei, die von der Sozialdemokratie blutig und mit Gewalt unterdrückt wurde, müsste, wie wir glauben, in einer Polemik gegen Otto Bauer seinem Bericht gegenüber gestellt werden, in dem er sich rühmt, den Ansturm des Kommunismus abgewehrt zu haben. Auch aus taktischen Gründen .

- - - - Dasselbe gilt auch für die wirtschaftliche Kritik.

~~Wir glauben Artikel [illegible]~~

und Untertitel/ Titel/~~vorschlagen:~~ ich schlage vor

Die Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Österreich.

~~Zu Otto Bauers Buch über die österreichische~~ Revo-

I

P o l i t i s c h e s.

A.) Welche Taktik soll die K.P. in den bevorstehenden Wahlen einschlagen?

1.) Durch das Zögern des P.V. Klarheit in der Frage der Wahltaktik zu schaffen, hat die K.P. sowohl politisch, als auch organisatorisch vor uns bereits den Vorsprung von mehr als 6 Wochen gewonnen! Schon Anfang Mai hbat Genosse Friedländer im P.V. den Antrag gestellt, auf Beschlussfassung über die Frage der Wahltaktik. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Eine Woche später hat die Genossin Strömer diesen Antrag in der Form übernommen, dass das Pol.-Büro beauftragt werden soll, sofort seine Stellungnahme zur Frage der Wahltaktik dem P.V. vorzulegen. Der Antrag wurde angenommen, seine Durchführung jedoch sabotiert.

Mitte Mai hat schliesslich Gen. Schlamm im P.V. den Antrag gestellt, der P.V. möge das Herantreten an die K.P. beschliessen. Dieser Antrag wurde mit 5:3 Stimmen angenommen, pro: Schlamm, Fiala, Fuchs, Strömer, Hetzlik (Friedländer und Richter hatten gefehlt, wären aber dafür gewesen), contra: Tomann, Hoschek, Paukert (Mayer Moritz der fehlte wäre dagegen gewesen).

Schliesslich kam es am 25./5. zur Wiener Vertrauensmännerkonferenz. Hier zeigte sich, dass es in der Partei im Wiener Massstabe drei Strömungen in Bezug auf die Wahltaktik gibt:

a.) Die Richtung Pollak. Zusammengehen mit der K.P. um jeden Preis, unter allen Bedingungen: Zum Schutze des bedrohten Parlamentarismus.

b.) Die Richtung Frey. Anwendung der Einheitsfronttaktik zu dem Zwecke, um die Wahlkampagne zum Anknüpfungspunkt und Ausgangspunkt eines intensiven Massenkampfes zu machen: Offener Brief an die K.P., Anbot im Einheitsfront den Kampf gegen die Seipelregierung und Verelendung des Proletariats zu führen, und diesen Kampf zu eröffnen, durch die gemeinsam zu führende Wahlkampagne unter Bedingungen, die den revolutionären Bedürfnissen des Proletariats entsprechen, Bedingungen, deren Erfüllung das Proletariat als notwendig erachtet und deren Erfüllung zugleich dem Proletariat durch die verwirklichte einheitliche Kampffront möglich erscheint.

c.) Die Richtung Koritschoner-Tomann. Diese Richtung sieht den Wahlkampf ausschliesslich unter dem Gesichtswinkel des Kampfes um die Erringung einer neuen propaganda Tribüne für die K.P.Oe. Diese Richtung versteht nicht, dass es in der gegenwärtigen Situation darauf ankommt, mit Hilfe der Einheitsfronttaktik in ehrlicher und auch demsozialdemokratischen Arbeitern klar ersichtlichen Weise den Versuch zu unternehmen, den Wahlkampf zum Anknüpfungs- und Ausgangspunkt eines zum Sturze der Seipelregierung führenden Massenkampfes zu machen. Die Richtung Koritschoner-Tomann will von einem solchen Anbot an die K.P. nichts wissen. Nur Einzelne aus ihrer Mitte wollen höchstens von einem Anbot zur Koppelung der Reststimmen etwas wissen, jedoch die Koppelung ist seit der Wahlreform im Jahre 1920 abgeschafft.

Die Richtung Frey verlangt, dass der P.V. in Fortsetzung des nun schon seit Jahr und Tag immer wieder bekundeten Bestrebens die Einheitsfront des Kampfes zustande zu bringen, an den P.V. der K.P. mit einem offenen Briefe herantrete, mit Rücksicht darauf, dass die Seipelregierung immer frecher, das Elend des Proletariats immer grösser wird unter Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit bei der Parteien, in einheitlicher Front den Kampf aufzunehmen zur Abwehr der kapitalistischen Angriffe und zur Verbesserung der Lage des Proletariats, und diesen Kampf zu eröffnen, durch die gemeinsam zu führende Wahlkampagne unter Bedingungen, die den revolutionären Bedürfnissen des Proletariats entsprechen, Bedingungen, deren Erfüllung das Proletariat als notwendig erachtet und deren Erfüllung zugleich dem Proletariat durch die verwirklichte einheitliche Kampffront möglich erscheint.

Die Richtung Frey verlangt, dass der P.V. in Fortsetzung des nun schon seit Jahr und Tag immer wieder bekundeten Bestrebens die Einheitsfront des Kampfes zustande zu bringen, an den P.V. der K.P. mit einem offenen Briefe herantrete, mit Rücksicht darauf, dass die Seipelregierung immer frecher, das Elend des Proletariats immer grösser wird unter Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit bei der Parteien, in einheitlicher Front den Kampf aufzunehmen zur Abwehr der kapitalistischen Angriffe und zur Verbesserung der Lage des Proletariats, und diesen Kampf zu eröffnen, durch die gemeinsam zu führende Wahlkampagne unter Bedingungen, die den revolutionären Bedürfnissen des Proletariats entsprechen, Bedingungen, deren Erfüllung das Proletariat als notwendig erachtet und deren Erfüllung zugleich dem Proletariat durch die verwirklichte einheitliche Kampffront möglich erscheint.

Kampfeinheitszuerzielenden Bündnisses zur Beseitigung der Seipelregierung, unter Ablehnung jeglichen Bündnisses mit der Koalitionspolitik und unter Ablehnung jeglicher Koalitionspolitik die Aufrichtung einer auf die Klassenorgane des Proletariats gestützten Arbeiterregierung

*) Es ist klar, mit der gemeinsamen Wahlkampagne die eröffnenden Kampfes unter Einbeziehung der Frage der Seipelregierung und unter grundsätzlicher und tatsächlicher Ablehnung der Koalitionspolitik die Aufrichtung einer auf die Klassenorgane des Proletariats gestützten Arbeiterregierung

b.) Die beiden Parteien müssen sich verpflichten, dafür zu sorgen, dass der Reichsbetriebsrätekongress sofort einberufen wird, derart dass er bis zum 15. August in Wien zusammentreten kann. Welche Betriebsräte zum Reichsbetriebsrätekongress delegiert werden, bestimmen die Arbeiter der Betriebe in direkter Wahl.

Der Reichsbetriebsrätekongress hat die Kontrolle über die Arbeiterregierung: die Arbeiterregierung ist und bleibt ihm für alle ihre Schritte verantwortlich.

Durch den Reichsbetriebsrätekongress ist eine dauernde Betriebsräteorganisation zu schaffen, deren Hauptzweck sein ist die Betriebskontrolle und die Produktionskontrolle.

Der Reichsbetriebsrätekongress schafft örtliche Kontrollausschüsse, deren Hauptzweck ist die Transportkontrolle sowie die Markt- insbesondere die Preiskontrolle.

c.) Auflösung und Entwaffnung aller reaktionären Formationen. Reinigung der Wehrmacht, Polizei und Gendarmerie von allen monarchistischen und reaktionären Offizieren und Bürokraten. Unterstellung der Wiener Polizei unter die Wiener Landesregierung.

Bewaffnung des Proletariats: Schaffung einer Arbeiterwehr aus den Betriebsorganisationen zur Massenorganisation, die alle arbeitsfähigen Proletarier umfassen.

d.) Kampf um die Aufhebung des Genfer Vertrages: keine Zahlungen mehr auf die Schulden des Kapitalismus, über der jetzigen Lasten, welche das Proletariat zu tragen hat, Hinweis, dass eine Verringerung der Lasten nur durch Kampf möglich ist.

Sanierung auf Kosten der Bourgeoisie: Alle Lasten auf die Schultern der Kapitalisten, Zwangsanleihe, Zwangsveranlagung durch Konfiskation von Sachwerten, Kapitalsteuern.

Keine Verschlechterung des Lebensstandards.

Im offenen Brief müsste eine Antwort innerhalb 14 Tage verlangt werden.

Sozialistische Gemeinschaftsorganisation Österreichs
Arbeitsgemeinschaft
Arbeitsausschuss

e.) Bewertung der verschiedenen Einstellungen: Vor- und Nachteile [illegible]

a.) Die Richtung [redacted] ist rein menschewistisch. Mit der C.P. zusammengehen um jeden Preis das heisst die Partei selber. Diese Richtung ist liquidatorisch und muss auf das allerschärfste bekämpft werden.

b.) Die Richtung Koritschoner-Tomasn.

Diese Richtung sieht nicht, dass es im Interesse des österreichischen Proletariats notwendig ist, mit dem Wahlkampf einen wirklichen Massenkampf herbeizuführen gegen den Genfer Vertrag und dessen Folgen, gegen die Zerschlagung [illegible] für die Arbeiterregierung und diese diesen Massenkampf nur zu versprechen ist, durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik, und das gerade im Wahlkampfe, in dem die S.P. Führerschaft gezwungen ist, die Massen bis zu einem gewissen Grade aufzurühren, sich die günstigste Gelegenheit dazu bietet: Mit der Einheitsfronttaktik unter dem Druck dieser Massen die S.P. entweder über die Wahlkampagne hinaus zu einem ernsten Massenkampfe vorwärts zu zwingen, oder, was viel wahrscheinlicher ist -- durch die Ablehnung des offenen Briefes um d die darauffolgende Auswertung durch die K.P. den Massen nun erst zu beweisen, dass es der S.P nur um die Mandate zu tun ist, und andererseits eine günstige Plattform für die Wahlkampagne und für das Vorwärtskommen der KPÖ K.P.Oe. überhaupt zu schaffen.

[illegible] den Verhalten des jungen Richtung, diese seine Schuld dadurch bewahren will, dass sie sich vermischt sich [illegible] zu nahern und so - vorzukommen. Es ist nicht die Taktik eines [illegible] selbstbewussten, seiner sicheren Revolutionärs, sondern die Taktik des unsicheren, des zaghaften Elektrikers.

Wir müssen uns bemühen, die Anhänger dieser Richtung von der Fehlerhaftigkeit und Schädlichkeit dieser Taktik zu überzeugen, und es wird das um so besser gelingen, wenn wir es nicht darauf beschränken ihre Taktik zu kritisieren, sondern zugleich positiv

III)

die Vorteile unserer Taktik aufzuzeigen.

d.) Die Taktik der Richtung Frey; sie hat zwei Alternativen.

Erster Fall: Die S.P. lehnt ab. Das ist das Wahrscheinliche. Dann stehen die Sozialdemokraten vor den Massen als diejenigen da, welche die Einheitsfront verhindert haben, als die Spalter! Dann ist vor dem Proletariat bewiesen, dass sie weiter Koalitionspolitik treiben wollen, dann ist bewiesen, dass sie die Betriebsräteorganisation, die Produktionskontrolle, die Transportkontrolle, die Markt- und MEM Preiskontrolle ablehnen! Dann ist bewiesen, dass sie weiterhin der Losung: "Alle müssen Opfer bringen" anhängen.

Stellt Euch vor dass wir den Offenen Brief als Flugblatt in einer riesigen Auflage verbreiten, in dem Moment, wo wir ihn der S.P. überreichen und während der vierzehntägigen Befristung durch eine grosse Zahl von Betriebs- und Massenversammlungen die S.P. Arbeiterschaft darauf aufmerksam machen, dann werdet ihr Euch bei der heutigen Stimmung der Massen die Wirkung einer Ablehnung schon vorstellen können.

Zweiter Fall! Die S.P. nimmt an. In diesem Falle haben wir nur den Nachteil, dass wir uns nicht zählen können. Diesen Nachteil hätte auch die S.P. Aber dieser Nachteil lässt sich durch ein technisches Abkommen zwischen den beiden Parteien schon beseitigen. Dagegen hätten wir den riesigen Vorteil, die S.P. riesig weit nach links gedrängt zu haben. Hier sind wieder zwei Fälle möglich.

Entweder die S.P. Führerschaft würde die angenommenen Bedingungen ehrlich durchführen. Dann müssen dadurch die Massen gewaltig radikalisiert werden. Sehr gut, nur zu! Leider ist diese Möglichkeit nur theoretisch.

Die S.P. Führerschaft würde die Bedingungen im besten Falle am Papier annehmen, würde in gewisse Zeit so tun, als ob sie die Bedingungen durchführen würde, dann aber käme der Umfall, der Betrug. Das wäre der Moment, wo breite Schichten der S.P. Arbeiterschaft sich von ihrer Partei loslösen würden und für uns zu gewinnen wären.

So oder so oder so: In jedem Falle haben wir bei dieser Taktik die gewaltigsten Vorteile.

(Ueber die Zahl der Mandate würde erst bei Verhandlungen zu diskutieren sein, wenn die S.P. annimmt).

4.) Es ist keine Zeit mehr zu verlieren! Die Partei muss rasch Klarheit schaffen über die Frage der Wahltaktik und wir bitten Euch, euren ganzen Einfluss in der Richtung XXXXXX anzuwenden;

1. Dass der P.V. die Entschlüsse über die Wahltaktik schleunigst fasst.
2. Die Richtung [redacted] Pollak, [redacted] auf das allerschärfste zu bekämpfen.
3. Die Genossen der Richtung Koritschoner-Tomann von der Fehlerhaftigkeit und Schädlichkeit ihrer Taktik zu überzeugen und
4. überall für unsere taktische Auffassung einzutreten und sie den Genossen klar auseinander zusetzen.

---:---

Der entscheidende Unterschied zwischen der Richtung Frey und Koritschoner-Tomann ist dieser: Wir wollen den wirklichen Massenkampf herbeiführend und wollen die Wahlkampagne als einen dazu geeigneten Anknüpfungs- und Ausgangspunkt benützen. Die Richtung Koritschoner-Tomann sieht nur den Wahlkampf als solchen, den Kampf um die parlamentarische Tribüne. Selbstverständlich: Ein Zusammengehen um Mandatsgeschäfte zu machen muss auf das allerschärfste zurückgewiesen werden. Eine seele Anwendung der Einheitsfronttaktik wäre unkommunistisch. Aber wir wollen die Einheitsfronttaktik anwenden nicht für Mandate, sondern um den wirklichen Massenkampf herbeizuführen, für unumgängliche, unmittelbar brennende Forderungen des gesamten Proletariats, wie sie eben unter Abschnitt 2, a---d als Bedingungen enthalten sind.

tes auf die Arbeiterregierung hinzuweisen, wurde abgelehnt.

D.) Die Unklarheit der P.V. Mehrheit zeigen am besten folgende Beispiele.

Der Aufruf zum 1. Mai des P.V. sagt: "Durch den Betriebsräte-Kongress werden wir uns Organe schaffen, um Etappe um Etappe gegen die Machtpositionen der Seipelregierung vorzustossen und eine Arbeiterregierung an ihre Stelle zu setzen."

Am deutlichsten aber kommt die Unklarheit zum Vorschein

B.) Passivität der Parteiverstandmehrheit bei wichtigeb politischeb Angelegebheiten.

1.) Ultimatum an Sowjetrussland „Mord am Worowskö.

Die Partei hat sich in einer so entscheidenden Situation, wo alle Parteien der Welt ihre Kräfte auf das aussersto anzuspannen, damit begnügt mit blosser Stellungnahme in der Zeitung. Hier wären mindestens Massenversammlungen, wenn nicht Demonstrationen notwendig gewesen, das ist unterblieben, obwohl Gen. Friedländer dahin gehende Anträge im P.V. gestellt hat.

Dabei hätte diese Aktion vorzüglich mit unserem Kampfe gegen Hamburg kombiniert werden können. Auf dem Hintergrund der Kriegsgefahr hätte so viel schärfer als es geschehen ist gezeigt werden müssen der wahre Charakter der Hochzeit in Hamburg.

3.) Vereinigung der 2. u. 2½. Into nationale.

Was hat die Partei dem gegenüber gemacht? Vier kleine Versammlungen und eine Broschüre. Hier hätte gerade in Oesterreich, dem Hauptsitz der 2½, ein systematischer Kampf geführt werden und mit einem Massenflugblatt hätte die Arbeiterschaft über das Wesen dieser Vereinigung aufgeklärt werden müssen.

C.) Andauernd unklare Einstellung der P.V. Mehrheit zur Losung der Arbeiterregierung.

Unter dem Druck unserer Kritik hat die P.V. Mehrheit seit dem Wiener Landesparteitag in ihrem Verhalten zur Losung der Arbeiter-Regierung eine Schwenkung vollzogen. Bekanntlich hat die Richtung Koritschoner-Tesmann(~~XXXXXXXXX~~) seit dem Parteitag (4. III.) bis zum Landesparteitag (15. IV.) von der Losung Arbeiterregierung gar nichts wissen wollen, während dieser Zeit wurde diese Losung nicht nur nicht ausgegeben, sondern nicht einmal das Wort Arbeiterregierung ist während dieser Zeit auch nur ein einziges Mal in der R.F. vorgekommen. Da am 18. IV. noch hat Koritschoner einem Artikel des Vertreters der Internationale über die Arbeiterregierung die Aufnahme in die Rote Fahne verweigert!

Seit dem Landesparteitag haben nun Koritschoner-Tesman eine Schwenkung vollzogen und es muss immer wieder betont werden, dass sie diese Schwenkung nicht aus eigener Einsicht, sondern nur unter dem Druck unserer ~~XXXXXXXX~~ Kritik vollzogen haben. Diese Schwenkung wurde in vielen zähen Etappen vollzogen.

a.) Ohne die ~~XXXXXX~~ Arbeiterregierung auch nur propagandistisch als Losung aufzustellen, wurde zunächst das Wort Arbeiterregierung in den Mund genommen, erschien da und dort in der Roten Fahne, um gegenüber unserer Kritik vor den weniger Urteilsfähigen ein Alibi zu haben.

b.) Später, als die Situation so auf dem Nägel brannte, dass die Partei gezwungen war, zu rufen: Fort mit der Seipel Regierung, da wurde noch immer vermieden, die Losung Arbeiterregierung auch nur propagandistisch als Losung hinauszugeben, aber man ging dazu über, auf die Arbeiterregierung auf ein fernliegendes Ziel hinzuweisen. Siehe z.B. in der R.F. vom 27. den Artikel: Fort mit der Seipelregierung!

c.) Dabei gibt es aber alle möglichen Rückfälle. Z.B. aus Anlass der Hackenkreuzler Ueberfälle in Hernals, Meidling und Favoriten hat der P.V. Massenversammlungen veranstaltet und dazu ein Flugblatt herausgegeben mit den Losungen: Für die Entwaffnung und Auflösung der weissgardistischen Organisationen. Für die Bestrafung der schuldigen Polizeifunktionäre und die Unterstellung der Polizei unter die Wiener Landesregierung. Gegen die Entpolitisierung der Wehrmacht, für die Verstärkung des proletarischen Sebstschutzes. Ein Antrag Friedländers im P.V., mit einer Losung für die Arbeiter-Regierung abzuschliessen oder doch wenigstens im Teüt des Flugblattes auf die Arbeiterregierung hinzuweisen, wurde abgelehnt.

D.) Die Unklarheit der P.V. Mehrheit zeigen am besten folgende Beispiele.

Der Aufruf zum 1. Mai des P.V. sagt: "Durch den Betriebsräte-Kongress werden wir uns Organe schaffen, um Etappe um Etappe gegen die Machtpositionen der Seipelregierung vorzustossen und eine Arbeiterregierung an ihre Stelle zu setzen."

Am deutlichsten aber kommt die Unklarheit zum Vorschein

V.

aus der R.F, vom 15.V. da heisst es :"Durch den sofortigen Zusammentritt des Reichsbetriebsrätekongresses muss die Zusammenfassung aller Teilaktionen zu einer einheitlichen politischen Massenaktion durchgeführt werden.....Der Reichsbetriebsrätekongress wird durch seine Organe mit Hilfe der Selbstschutzorganisation des Proletariats den Kampf einleiten(!)zur Ersetzung der kapitalistischen Seipelregierung durch eine proletarische „eine" Arbeiterregierung"

Der Gedankengang der P.V.Mehrheit ist also dieser:Zuerst kämpfen wir um den Betriebsrätekongress und zuerst muss der Betriebsrätekongress wirklich zustande gekommen sein,dann erst beginnt der Kampf zum Sturze der Seipelregierung ÄM und zu ihrer Ersetzung durch die Arbeiterregierung.

Was heisst das?Das heisst bevor wir nicht den Betriebsrätekongress haben,wollen wir ernst gar nicht den Sturz der Seipelregierung! Das ist ein Unsinn,wir müssen den Sturz der Seipelregierung wollen, selbst wenn wir bisdahin den Betriebsrätekongress nicht zu stande bringen!wir müssen den Sturz der Seipelregierung wollen , selbst wenn die Nachfolgerin nur eine sozialdemokratische Regierung als eine Schwindelarbeiterregierung werden sollte.Eine sozialdemokratische Regierung wird zwar keine wirkliche Besserung bringen,aber die Kampfbedingungen wesentlich erleichtern. Und gerade darum ,weil wir in Oesterreich zunächst mit einer sozialdemokratischen Regierung ,rechnen müssen,gerade darum ist es umso notwendiger,jetzt schon klar auszuarbeiten,was ist eine Arbeiterregierung,was ist eine Schwindelarbeiterregierung.Das Wesen der Arbeiterregierung als einer Kampfregierung als einer Regierung,die sich auf die Kampforgane des Proletariats stützt und die nicht unbedingt eine Parlamentsmehrheit hinter sich haben braucht sondern auch eine Minderheitsregierung sein kann,muss jetzt schon den Arbeitern klar auseinandergesetzt werden,um dann bis wir vor die Wirklichkeit der sozialdemokratischen Regierung gestellt werden,umso leichter den Kampf gegen die führen und ihren Charakter als Schwindelarbeiterregierung rasch deklarieren zu können.

Wir fordern,dass allen unseren Teilkämpfen das gemeinsame Ziel gesteckt wird:"Weg mit der Seipelregierung",Her mit der Arbeiterregierung";wir fordern also die Zusammenfassung aller Teilkämpfe durch die Losung Arbeiterregierung,die einstweilen nur propagandistisch(nicht als Aktionslosung)hinauszugeben ist.Dazu ist eine zur Arbeiterregierung führende Uebergangslosung,die Losung des Reichsbetriebsrätekongresses auszugeben.Nicht der Betriebsrätekongress,sondern die Arbeiterregierung muss also Ziellosung sein,wobei jedoch immer wieder für den Betriebsrätekongress und alles was damit zusammenhängt fleissig die Trommel gerührt werden muss,im Zusammenhang mit der Arbeiterregierung.Die blosse Losung des Reichsbetriebsrätekongresses ohne Hinweis auf die Arbeiterregierung hat überhaupt keine Zugkraft!Dennoch finden wir diesen taktischen Fehler im Aufrufe der revolutionären Eisenbahner, siehe R.F. vom2./6.Die Schuld fällt natürlich nicht auf unsere Eisenbahner-Genossen sondern auf die Parteivorstandsmehrheit,welche die Losung der Arbeiterregierung auszugeben buchstäblich untersagt hat!!

Thimms skizzit

Gewerkschaftliches.

1.)Der Ausschluss des Genossen Daniel. und der Profintern

Im Jänner dieses Jahres wurde der Genosse Daniel aus dem Metallarbeiterverbande ausgeschlossen.Es ist Beschluss der Komintern,dass jeder Ausschluss zum Ausgangspunkt einer systematischen Kampagne um Wiederaufnahme des Ausgeschlossenen gemacht werden muss.Daniel ist Obmann der Landesorganisation Steiermark,also ein in der Partei auf exponiertem Posten stehender Genosse.Die Partei und der Gewerkschaftsrat haben nicht den Finger gerührt für eine Wiederaufnahme Daniels. In Gegenteil,dieser Ausschluss wurde buchstäblich totgeschwiegen!

Dagegen wurde beim Ausschluss des Genossen Koschek grosser Lärm geschlagen.Da Lärm,dort Schweigen,warum?Die Lösung ist einfach:Koschek ist ein getreuer Gefolgsmann der Koritschoner Tomann,Daniel hat es gewagt anderer Meinung zu sein,also wird sein Ausschluss totgeschwiegen. Interessen ihrer Fraktion stehen den Koritschoner-Tomann höher als die Partei und die Rote Gewerkschaftsbewegung!

2.) Sabotage der revolutionären Bergarbeiterbewegung.

Dem Drangen der Grünbacher Bergarbeiter folgend hat

der alte P.V. im Dezember 1922 eine Bergarbeiter Konferenz nach Wiener-Neustadt einberufen. Das war ein sehr unzulänglicher Schritt, aber es wär immerhin ein Schritt. Die Grünbacher Genossen regten dann später an wenn möglich, um die Blockbewegung unter den Bergarbeiternzu beschleunigen, folgende Uebergangmethoden anzuwenden: In jedem Bundeslande soll die grösste Bergarbeiter Lokalorganisation die Organisierung der Landesblockbewegung unter der Bergarbeiterschaft übernehmen, und diese Landesblocks sollen ~~[illegible]~~ dann untereinander auf dem Wege über den Gewerkschaftsrat Verbindung unterhalten. Die Erfüllung dieser Vorschläge wurde zugesagt. Dann aber kam der Parteitag. Und seit dem Parteitage wird das alles planmässig sabotiert, zum Schaden der revolutionären Bergarbeiterbewegung, sehr zum Schaden des letzten steirischen Bergarbeiter Streiks, der besser ausgefallen wäre, wenn schon die revolutionäre Verbindung unter den Bergarbeitern Oesterreichs damals bestanden hätte. Und warum diese Sabotage?

Nun die Koritschoner und Tomann fürchten, dass die steirischen und oberösterreichischen Bergarbeiter mit den Grünbacher Genossen zusammenkommen. Die Grünbacher Genossen stehen nämlich auf der Linie Frey und so könnte, wenn sie jetzt mit den steirischen oder oberösterreichischen Bergarbeitern zusammenkämen das Unglück geschehen, dass die anderen Genossen von der Richtigkeit unseres Standpunktes überzeugt werden könnten und das wollen die Koritschoner und Tomann nicht. Sie opfern sie die Interessen der revolutionären Bergarbeiterbewegung und der K.P.Oe. Ihre Fraktionsinteressen stehen ihnen höher als die Partei!

3.) Taktische Fehler im letzten steirischen Bergarbeiterstreik.

1.) Während noch der Bergarbeiterstreik in Ober-Steiermark tobte, erschien in der R.F. vom 2. April ein Leitartikel unter dem Titel: "Kein offener Sieb in offener Schlacht" dann heisst es weiter: "Zahllose Arbeiter haben erbittert und entmutigt der Gewerkschaft den Rücken gekehrt".

Angenommen es wäre zutreffend, so ist das erst nach dem Kampfe festzustellen. Aber eine solche Feststellung mitten im Kampfe zu veröffentlichen, ist ein schwerer Fehler, schwächt die Stellung der kämpfenden Bergarbeiter und schwächt das Vertrauen zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

2.) Während des letzten Bergarbeiterstreiks in Steiermark verschickte der revolutionäre Gewerkschaftsrat Flugblätter, die von einer Aberkennung des Streikes durch die reformistischen Gewerkschaftsführer sprachen, obwohl der Streik noch nicht beendet war. Auch mit dieser Feststellung durfte man erst kommen bis der Streik beendet war. Durch diesen tatsächlich Fehler wurde der reformistischen Gewerkschaftspresse, insbesonders dem reformistischen Bergarbeiterorgan Material zu einer kommunistischen Hetze in die Hand gegeben. Dieser Fehler hat uns das Vertrauen vieler sympatisierender Bergarbeiter gekostet. Selbst führende kommunistischen Genossen haben dadurch das Vertrauen verloren, So der Genosse Kamper, der unter den Bergarbeitern in Gleggnitz als Betriebsrat und Gewerkschaftsvertrauensmann eine führende Stellung einnimmt. Hoffentlich gelingt es dem Grünbacher Genossen, dem Genossen Kamper wieder zu gewinnen.

3.) Ueberhaupt hat der letzte Bergarbeiterstreik gezeigt, dass der Nachrichtendienst, der Verbindungsdienst noch sehr schlecht funktioniert und der revolutionäre Gewerkschaftsrat tut noch sehr wenig, um nach dieser Richtung hin eine Besserung herbeizuführen.

4.) Während des steirischen Bergarbeiterstreikes war der Gedanke sehr naheliegend, die revolutionären Bergarbeiter der anderen Bergbaue Oesterreichs rasch zu einer Konferenz zusammenzurufen, ob und wie die anderen Bergarbeiter dem steirischen Bergarbeitern zu Hilfe kommen könnten.

Der revolutionäre Gewerkschaftsrat hat diesen naheliegenden, ja selbstverständlichen Gedanken nicht aufgegriffen und dadurch bewiesen, dass er nicht auf der Höhe der Situation war.

4.) Passivität im Lohnkampfe der Wiener Metallarbeiter.

Ende April wurde über die Mailöhne der Wiener Metallarbeiter entschieden. Die Partei und der reformistische revolutionäre Gewerkschaftsrat gaben die Losung aus: 15% Lohnerhöhung. Der reformistische Metallarbeiterverband hat damals 7.4% vorgeschlagen. Der Gewerkschaftsrat tat nichts, weder in den Betrieben, noch in der Obmännerkonferenz der Metallarbeiter diesen reformistischen Vorschlag zu bekämpfen.

Jetzt wiederum wird über die Juni[illegible] entschieden. Der Vertrag läuft am 2. Juni ab. Auch jetzt sieht man vom

revolutionären Gewerkschaftsrat nicht den geringsten Schritt um diese Entscheidung irgendwie im revolutionären Sinne zu beeinflussen. # Nachtrag siehe unten.

6.) Passivität gegenüber dem Allgemeinen Gewerkschaftskongress.

Ende März hat die Gewerkschaftskommission den Allgemeinen Gewerkschaftskongress für den 15. Juni einberufen und die Tagesordnung bekanntgegeben. Der revolutionäre Gewerkschaftsrat tut nichts, um zur Tagesordnung selbständig vom revolutionären Standpunkte aus Stellung zu nehmen und dies revolutionäre Stellungnahme in die Betriebe zu tragen.

Das Ganze was bisher der Gewerkschaftsrat getan hat ist folgendes: Am 1./4. erschien eine ~~XXXXXX~~ Notiz in der R.F. die den Gewerkschaftskongress als Kongress zur Verhinderung des Betriebsrätekongresses bezeichnete. Dann erschienen längere Notizen am 13./5. (Kritik an den Wahlen zum Gewerkschaftskongress); 22./5. und 24./5. Stellungnahme zu den Anträgen des Heitzer- und Maschinistenverbandes zum Gewerkschaftskongress. Das ist alles, was der Gewerkschaftsrat bisher zum Gewerkschaftskongress zu sagen hatte. R.F. vom 6./6. bringt [illegible] Stellung des Metallarbeiterbundes zum Betriebsrätekongress.

Nachtrag: Laut R.F. vom 5./6. und 6./6. hat der Metallarbeiterbund-Vorstand gegen die Anträge des reformistischen Metallarbeiterverbands mündlich protestiert und abgestimmt. Aber es wurde verabsäumt in schriftlichem Gegenantrag unsere Stellungnahme zum Ausdruck zu bringen. Man sieht hat die R.F. bis jetzt von einer solchen prinzipiellen Stellungnahme des Metallarb. blocks zu den Gewerkschaften bis jetzt nichts berichtet.

Gewerkschaft Bisher.

Nachtrag: Einer der größten Fehler ist, daß der „Rote Gewerkschafter" zu den Lohnkämpfen der Metallarbeiter im März, April, Mai und Juni überhaupt keine Stellung nimmt und überhaupt nichts berichtet.

O r g a n i s a t o r i s c h e s.

A.) Fortsetzung der Massregelungen.

1. Die Parteivorstandsmehrheit hat den Genossen Sonnenschein als Leiter der Arbeiterhilfe abgesetzt. Sonnenschein hat sich zu seiner Hilfskraft den Genossen Gruber erwählt, aus keinem anderen Grunde, als weil er zu dessen Ehrlichkeit absolutes Vertrauen hatte und diese Hilfskraft hauptsächlich mit Geld zu tun hat. Weil Sonnenschein Gruber zur Hilfskraft erwählt hat, wurde er abgesetzt.

2.) Die Suspendierung der 4 Linzer Genossen Pschierer, Matis, Wernbacher, Verovsek ist noch immer nicht aufgehoben, im Gegenteil, sie wurde weiter aufrecht erhalten um zu verhindern, dass diese Genossen bei den Gemeinderatswahlen kandidieren. Es soll den Linzer Genossen erzählt werden sein, dass nur solche Genossen kandidieren können, die auf der Linie der Parteivorstandsmehrheit stehen. Dabei sind die genannten Genossen in Linz weitaus am meisten angesehen, in der Vollversammlung stimmten von 68 anwesenden Genossen 50 für ihre Kandidatur, die Tüchtigkeit dieser Genossen ist allgemein bekannt.

In der Mitgliederversammlung am 1./6. in Linz wurde in Gegenwart Bethes über zwei Kandidatenlisten zur Gemeinderatswahl abgestimmt. Die Liste Deubler erhielt 50, die Liste Cepek erhielt 16 Stimmen. Die Liste Deubler lautet: Deubler, Pschierer, Matis, Verovsek, Cepek, Schossböck. Die Liste Cepek lautet: Cepek, Eckl, Schossböck, Weissgerber, Pschierer, Matis.

Es ist also entgegen der Kundmachung in der R.F. vom 7./6. unwahr, das die Liste Cepek einstimmig aufgestellt wurde, im Gegenteil diese Liste erhielt nur 1/4 der Stimmen, war also weit in der Minderheit.

Mittels der "Neuregistrierung" hat der Parteivorstand alle Genossen die auf der Linie Frey standen einfach aus der Partei ausgeschlossen. Es sind dies über zweihundert Genossen, also die grosse Mehrzahl der Linzer Genossen. Aus den restlichen Genossen (nicht einmal 50 an der Zahl) hat der P.V. eine neue Lokalorganisation gebildet und so kam dann "einstimmig" der Lokalausschuss zustande, der in der R.F. vom 7./6. bekanntgegeben ist.

Der P.V. hat laut R.F. vom 7./6. eine Kandidatenliste eingereicht, in der kein einziger unserer Genossen kandidiert, obwohl die grosse Mehrzahl der Linzer Kommunisten und Sympatisierenden hinter diesen Genossen steht. Die Linzer Genossen Pschierer, Matis, Wernbacher und Verovsek, die tüchtigsten der Linzer Genossen und weitaus die populärsten unter der revolutionären Arbeiterschaft, was insbesondere von Pschierer gilt, wurden übergangen, obwohl ihre Aufstellung die grössten Chancen bot, die meisten Stimmen zu erhalten.

Der Genosse Deubler, der nun schon seit 4 Monaten im Kerker sitzt wusste vom allen diesen Dingen nicht das Geringste. Nichtsdestoweniger hat sich der gegenwärtige Reichssekretär für Organisation Pollner folgende Sache geleistet. Er hat der Genossin Deubler, die ihren Mann in das Gefängnis besuchen ging, aufgetragen, ihrem Manne auszurichten: Wenn der Genosse Deubler nicht sofort in der R.F. kundmache, dass er mit seiner Kandidatur in Linz nicht das geringste zu tun habe, so werde er aus der Partei ausgeschlossen!!

Nichts karakterisiert die Methoden des P.V. so sehr, als das Vorgehen gegen die Linzer Genossen. Aber was heute in Linz passiert kann morgen in einer anderen Lokalorganisation geschehen. Gegen diese Methoden der Parteizertrümmerung muss unverzüglich der schärfste Widerstand mobilisiert werden. Jeder Tag den wir zögern gibt diesen Leuten mit ihren Methoden gelegenheit weiter fortzufahren, und die Partei in Scherben zu hauen.

Es ist zweifellos, dass in letzter Instanz über die Kandidatur der P.V. entscheidet. Aber der P.V. hat in einem solchen Falle selbstverständlich Gründe dafür anzuführen, warum er eine andere Kandidatenliste aufstellt und er muss trachten, die Linzer Genossen von der Stichhältigkeit seiner Gründe zu überzeugen und sie dafür zu gewinnen. Das hat der P.V. nichteinmal versucht. Es ist begreiflich, dass die Linzer über eine solche Anwendung des "demokratischen" Zentralismus empört sind. In ihrem Unmut sind allerdings die Linzer Genossen in dem Momente der Erregung etwas zu weit gegangen und haben ihre Liste eingereicht. Es ist uns gelungen, die Linzer Genossen zu überzeugen dass der

Es ist uns gelungen die Linzer Genossen zu überzeugen, dass das ein falscher Weg ist, das Unrecht des P.V. gut zu machen. Die Linzer haben ihre Kandidatenliste zurückgezogen und werden für die Liste des P.V. mit allen Kräften arbeiten.

Der P.V. hat nicht den tüchtigsten und populärsten Genossen an die Spitze gestellt, den Genossen Pschierer, sondern den Genossen Cepek der in jeder Beziehung weit hinter Pschierer steht. Und der P.V. hat auch den Genossen Eckel kandidiert, der in der Linzer Organisation und unter den Linzer Arbeitern gar keinen Rückhalt hat. Auch da zeigt sich, dass der P.V. selbst eine so wichtige Frage vom fraktionellen Standpunkte aus behandelt.

3.) Aber die unglaublichste Sache ist die sogenannte "Reorganisierung" und "Neuregistrierung" der Lokalorganisation Linz. Diese muss nochmals näher beleuchtet werden.

Am 28./5, 29./5. und 30./5. stand in der R.F. zu lesen: "Linz. Wer bis zum 1./6. das Mitgliedsbuch nicht abgibt, gilt nicht mehr als Mitglied der K.P.Oe.". Was ist der Zweck dieser Massregel? Der P.V. wollte alle Mitglieder die auf der Linie Frey standen (und das war die überwältigende Mehrheit) aus der Partei ausschliessen auf dem Wege der "Reorganisierung und Neuregistrierung". Das ist ein ganz unzulässiges Verfahren, ein Statutenbruch wie er schwerer nicht gedacht werden kann, ein Pauschalausschlussverfahren. Ganz abgesehen davon dass es eine der schwersten Schädigungen der Partei ist, eine so starke Ortsgruppe aus fraktionellen Interessen einfach zu zerschlagen.

Die Kundmachung in der R.F. vom 5./6. erklärt die Umregistrierung einfach für beendet. "Es gelten von nun an nur die Mitgliedsbücher, die den Stempel der Zentrale und die Unterschrift des Bevollmächtigten des P.V. aufweisen". Mit dieser Formel wurden 200 Mitglieder glatt aus der Partei hinausgeworfen. Drei Wochen vor den Gemeinderatswahlen in Linz! So wird mit der Partei Schindluder getrieben!

Der P.V. ernannte kurzerhand die Genossen Eckle und Cepek zu Obmänner der Lokalorganisation Linz, obwohl nicht einmal ein Fünftel der Mitgliedschaft hinter ihnen stehen. Das nennt sich demokratischer Zentralismus! Und so etwas geschieht knapp vor den Gemeinderatswahlen!

B.) Fortsetzung der Ausschaltungen.

1.) Unter dem Drucke des Wiener Landesparteitages und des internationalen Vertreters traut sich die Parteivorstandsmehrheit nicht mehr, die Referenten der Minderheit absolut auszuschalten. Aber in der Hauptsache sind sie nach wie vor ausgeschaltet.

2.) Die P.V. Mehrheit will sogar verhindern, dass Frey in der Bildungsarbeit bei der kommunistischen Jugend tätig ist!

3.) Unglaublich ist es, dass bei der Kundgebung am 1. Mai in Wien nicht auch ein tschechischer Referent zugelassen wurde. Das ist ein schwerer politischer Fehler. Wie sollen die tschechischen Genossen uns unseren Internationalismus glauben, wenn wir es nicht einmal am 1. Mai verstehen, unseren internationalen Charakter zum Ausdruck zu bringen? Und da kommen noch die Genossen der P.V. Mehrheit und denunzieren unsere tschechischen Genossen als Nationalisten! So wird die Stimmung in der Partei von der P.V. Mehrheit planmässig vergiftet!

C.) Fraktionsunwesen.

Die P.V. Mehrheit schreit fortwährend über Fraktionsbildung und schickt Rundschreiben über Rundschreiben gegen die Fraktionsbildung aus. Bis heute hat sie nicht den geringsten Beweis dafür erbringen können, dass die Minderheit Fraktionen bilde. Dieses Geschrei soll darüber hinweg täuschen, dass die P.V. Mehrheit ihre Fraktionstätigkeit, die sie schon vor dem Parteitag begonnen hat, fortsetzt. Hier die Beweise:

1. Vor dem Parteitag wurde die Fraktion Koritschoner-Tomann am 2. Jänner in offener Parteivorstandssitzung offiziel konstituiert.

Diese Fraktion hielt am 21./1. unter Hinzuziehung verschiedener Genossen beim Sitzung im Kaffee Hindenburg ab, wo beschlossen wurde, die Vorbereitung des Parteitages, die Art des Kampfes, die Zusammensetzung des P.V., und als Hauptziel der Fraktion Koritschoner-Tomann auf Antrag Mayers (Herrals) die "Verzichtung des Frey mit allen Mitteln"!!

2.) Nach dem Parteitage wurde die Fraktionstätigkeit fortgesetzt.

a.) Unter dem Deckmamen einer illegalen Organisation

organisiertem Koritschoner und Tomann eine Fraktion innerhalb der Kommunistischen Jugendorganisation. In diese Fraktion durften nur oppositionelle Jugendliche aufgenommen werden!

b.) Ende April etablierte sich die Fraktion Koritschoner-Tomann in der Landesleitung Linz. Sie hielt mit einem Vertreter des PV, eine vertrauliche Sitzung ab (mit Gen. Strömer). Der Jugendvertreter wurde vollkommen bewusst nichtzugezogen. Die Genossin Strömer suchte dies als die Jugendgenossen darüber ihrem Unmut Ausdruck verliehen, mit der Bemerkung abzutun: "Die Jugendgenossen müssen nicht von allem wissen".

c.) Gründung von Fraktionen im Bezirksmassstabe in Wien durch die P.V. Mehrheit.

In Hietzing haben Koritschoner-Tomann eine Fraktion gegründet mit der Aufgabe die Anhänger Freys niederzuwerfen und auszumerzen. Diese Fraktion, bestehend aus den Genossen Marzi und seine Frau, Nemetz, Mesmaritsch.....u.a. wurde zweimal in flagranti ertappt. Der schriftliche von einem Augenzeugen gefertigte Bericht darüber ist in unseren Händen.

In Wien, Landstrasse, hat Paukert als Parteivorstandsmitglied und so mit Wissen der P.V. Mehrheit eine Fraktionssitzung in seine Wohnung einberufen und der Fraktion die Aufgabe gestellt, die Freyanhänger in diesem Bezirke abzuwürgen. Ein Einladungszettel zu dieser Fraktionssitzung und eine stenografische Abschrift eines Berichtes aus dieser Sitzung ist in unseren Händen. In der Tat werden diejenigen Funktionäre die auf der Linie Frey stehen von der Fraktion Koritschoner-Tomann masslos beschimpft, verleumdet, drangsaliert und und schliesslich wurden sie aus dem Lokalausschuss hinausgedrängt.

Wie weit die Verleumdungen und niedrigen Beschimpfungen denen unsere Genossen dort ausgesetzt sind gehen, zeigt der Fall des Genossen Stift. Stift ist einer der tüchtigsten und opferwilligsten Genossen in unserer Partei. Er wurde als Kommunist von der Wehrmacht abgemustert. Die Verleumdungsmethoden der Fraktion Koritschoner-Tomann gingen so weit, dass man von diesem Genossen in der Partei verbreitete, er sei mit mehreren anderen Genossen aus der Partei ausgetreten und zu den Hackenkreuzlern gegangen. In der P.V. vom 22./6. musste der Ausschuss der Lokalorganisation Landstrasse (der fast ganze aus Fraktionsgenossen Koritschoner-Tomanns besteht) eine Erklärung veröffentlichen, in der dieses Gerücht als eine "gemeine und böswillige Verleumdung" bezeichnet wird. Sie haben sich also selbst gerichtet!!! In dieser Erklärung müssen sie selbst zugeben, dass Stift zu den "besten und verlässlichsten Genossen" der Lokalorganisation Landstrasse gehört. Diese Erklärung ist ein Dokument der Schande, sie zeigt, wie tief die Parteivergiftungsmethoden der Fraktion Koritschoner-Tomann bereits gedrungen sind, wie sie die Partei zerstören und zersetzen!

D.) Die Fraktion Koritschoner-Tomann stellt ihre Fraktionsinteressen über die Parteiinteressen.

1.) Der Fall Grünbach. In vielen Besprechungen und Konferenzen haben die Grünbacher Genossen gefordert, dass Konferenzen der Betriebsräte und Vertrauensmänner des Bergbaues einberufen werden, zwecks einheitlichem Vorgehen der kommunistischen Bergarbeiter in der Bergarbeitergewerkschaft. Unter dem alten P.V. war es immerhin zu einem ernsten Schritt gekommen, es wurde im Dezember 1928 eine Bergarbeiterkonferenz in Wr. Neustadt abgehalten, die aber ein sehr geringes Ergebnis hatte, weil nur Grünbacher und Gloggnitzer Bergarbeiter anwesend waren. Auf dem Parteitag haben die Grünbacher neuerdings das Verlangen gestellt und vorgeschlagen, bis zur endgültigen Erledigung der Blockfrage jeder grössten kommunistischen Bergarbeiterorganisation in jedem einzelnen Bundeslande Oesterreichs die Organisierung des Bergarbeiterblocks zu übertragen, und auch ein Vorgehen der Bergarbeiterblocks eines Landes mit den Bergarbeiterblocks der anderen Bundesländer im Wege über den Gewerkschaftsrat einzuleiten und zu führen.

Der neue P.V. hat das unterlassen. Das hat dann unsere Stellung im obersteirischen Bergarbeiterstreik wesentlich geschwächt und bis heute haben wir zum Schaden der ganzen revolutionären Bergarbeiterbewegung und der ganzen revolutionären Gewerkschaftsbewegung keinen Bergarbeiterblock.

Warum erfüllt die P.V. Mehrheit nicht diese selbstverständliche Pflicht? Weil sie Furcht haben davor, dass die obersteirischen und die oberösterreichischen Bergarbeiter mit den Grünbacher Bergarbeitern zusammen kommen. Die Grünbacher Genossen stehen politisch, gewerkschaftlich und organisatorisch auf der Linie der alten P.V. Mehrheit und sie haben den führenden Genossen dieser alten P.V. Mehrheit ihr volles Vertrauen

geschenkt und bewahren ihr dieses Vertrauen auch heute noch. Und deshalb werden sie von den anderen Bergarbeitern ferngehalten! So wird das FFXXXX Fraktionsinteresse über die Parteiinteressen gestellt!

Ja die Sabotage geht sogar soweit, dass die Grünbacher Genossen lange Wochen hindurch gar keine Direktiven von der Zentrale bekommen, der Landessekretär von Nieder-Oesterreich kommt niemals hin, die Grünbacher Genossen werden ---ignoriert. Und Grünbach ist eine unserer grössten, ist eine unserer wichtigsten Lokalorganisationen, Grünbach ist doch der einzige Steinkohlenbergbau von Oesterreich!

2. In Linz ist die Fraktion Koritschoner-Tomann---insbesondere repräsentiert durch den Vorsitzenden der Landesleitung Eckle--- so weit, dass sie die Vorbereitungen zur Maifeier sabotiert hat, bevor sie hatten den Genossen Pschierer, Matis, Verovsek und Wernbacher diese Vorbereitungen machen lassen. Es wurden keine Plakate ausgegeben, keine Flugzettelaktionen durchgeführt, weil diese durch Genossen unserer Linie durchgeführt werden hätte müssen.

3. Der Ausschluss des Genossen Koschek aus dem Bauarbeiterverbande wurde wie es richtig war, zum Ausgangspunkte einer Kampagne für seine Wiederaufnahme gemacht. Dagegen wurde beim Ausschluss des Gen. Daniel aus dem Metallarbeiterverbande vollkommengeschwiegen, obwohl Daniel ebenfalls ein organisierter Genosse in der steirischen Landesorganisation ist. Koschek gehört zur Fraktion Tomann-Koritschoner, Daniel nicht!

E.) Missbrauch der K.P. zu Lausbübereien.

In der K.P. am 2./2. wurde durch den Redakteur Spitz folgende Lausbüberei begangen, die der Chefredakteur Koritschoner gedeckt hat, indem der Genosse Schlamm von der Jugendzentrale als „Lamm und der Genosse Sonnenschein als „Lehmannschein" bezeichnet. Die Untersuchung hat ergeben, dass der Redakteur Spitz im Manuskript die richtigen Genossen Namen in diesem lausbübischen Sinne abgeändert hat, so dass wichtige Genossen zum Gelächter gemacht, vor aller Oeffentlichkeit werden auf dem Rücken der Partei lausbübische Witze gemacht, die Interessen der Partei schwer schädigen. Was sollen die ausserstehenden Arbeiter von einer Partei denken, der ihr Zentralorgan gerade recht ist um solche Lausbübereien zu betreiben.

F.) Die Affaire Forst.

a.) Im Juli 1921 hat Koritschoner vor dem Präsidium der Exekutive der Komintern über Forst erklärt: „Man hat dem Forst nicht nachweisen können dass er die Partei durch seine Manipulationen geschädigt habe" hat aber in nicht misszuverstehender Weise zu verstehen gegeben, dass sich Forst durch die Schiebung mit Parteivaluten unmöglich gemacht hat, aber so, dass die Partei immer das bekommen hat, was sie bekommen hätte, wenn jemand anderer ohne zu schieben die Devisen verkauft hätte. Forst war eben besonders tüchtig! Diese Affaire Forst spielte sich in den Jahren 1919/20 ab und hatte dazu geführt, dass im Jahre 1921 nicht mehr in den Parteivorstand gewählt wurde.

b.) Welches ist nun der wahre Sachverhalt der neuen Affaire Forst?

1. Während des [illegible] Druckerstreikes Anfang Dezember 1923 erklärte die Buchdruckergewerkschaft alle Zeitungen für eingestellt mit Ausnahme der Arbeiter Zeitung. Diese Stellung, die damals in den Streik mit dem graphischen Block eingriff, brachte sich mit der Absage, die K.P. dennoch irgendwie zu drucken einen Vorschlag durch Aufklärungsblätter zu den Arbeitern zu sprechen, um womöglich mit Hilfe einer solchen Aktion manche zu lassen, [illegible] in dieser Aktion war, wo die Partei in einer überaus kritischen Lage sich befand, ging Forst und agitierte in Wort und Schrift gegen den Plan der Parteileitung mit der sozialdemokratischen Losung, die Partei wolle einen Streikbruch begehen. Gewiss, jedes Mitglied hat das Recht die Pläne Entschlüsse und Handlungen der Parteileitung zu kritisieren. Aber während einer Aktion darf diese Kritik nie die Form annehmen, dass das betreffende Parteimitglied nicht nur dagegen agitiert, sondern seine abweichende Meinung und den Grund dafür der Parteileitung verschweigt. Forst hat dadurch während einer Aktion die Situation der Partei wesentlich erschwert.

2. Im Zusammenhange

2. Im Zusammenhange mit vilen anderen Dingen welche nicht nur Forst sondern auch andere Genossen betreffen(Guzzi,Tober,Kothe)wurde diese Tatsache am XXXXX 17./9. 1923 in der Reichsvertretung vorgebracht.Ueber Antrag Fritz Heyer wurde von der Reichsvertretung eine Kommission "zur Untersuchung und Urteilfällung" dieser Fälle. Diese Kommission wurde zusammengesetzt aus allen Wiener Mitgliedern der Reichsvertretung,soweit sie nicht dem P.V. angehörten,nämlich:Haas,Schipp, Hölub,Fiala,Kalischer,Benisch,Saisler,Haas.

Bevor das Kommuniqué das am 19./9 über die Reichsvertretungssitzung im P.V. erschienen ist,hat der P.V. in einer darauffolgenden Sitzung festgestellt,dass Frey in Bezug auf dieses Kommuniqué und seine Veröffentlichung vollkommen korrekt gehandelt hat.

4. Forst hat darnach zuerst einmal in der Erregung,tagsdarauf in vollkommener kaltblütiger Ruhe in dem Parteilokalitäten [illegible] vor der Kommission die Erklärung wiederholt,er werde nur [illegible] und ihr die inneren Angelegenheiten der Partei zur Kenntnis [illegible]

5. Forst hat dann zuletzt vor der Kommission folgenden XXXX Dreh [illegible] Er sagte er wisse durch zwei Mitglieder der Kommission,dass innerhalb der Kommission abgemacht sei in für alle Fälle anzuzeigen.Von allen Mitgliedern der Kommission aufgefordert unvorgenommen dieser zwei Kommissionsmitglieder bekannt zugeben,hat er die Verleumdet.Der Zweck der Uebung war,die Vertreter der Kommission [illegible] zu erschüttern.Alle Mitglieder der Kommission durchschauten diesen Trick Ziel,dieser letzte Umstand war massgebend warum die Kommission [illegible] keinen Milderungsgrund zuerkannte.

6. In nächste Reichsvertretungssitzung (15./1. 23) hat einstimmig mit Stimmen Koritschoners und Tomanns den Ausschluss Forst bestätigt. [illegible] einstimmig beschlossen:Ein Kommunist,der XXXX Angelegenheiten der Partei in einem gegnerischen Blatte zu [illegible],ist auszuschliessen".

Der Parteitag hat in der Angelegenheit Forst kein Parteigericht [illegible] Er hat den P.V. beauftragt,durch ein Parteigericht die Angelegenheit Forst überprüfen zu lassen,diesem Parteigericht war aber vom Parteitag kein Entscheidungsrecht,kein Urteilsrecht zuerkannt,sondern der [illegible] eigentliche Sinn dieses Beschlusses war,das Parteigericht prüfe nochmal die Sache und berichte darüber dem nächsten Parteitage! Aber selbst wenn der Parteitag diesem Parteigerichte das Recht

der Entscheidung,das Recht der Urteilsfällung zugebilligt hätte,so war das Parteigericht an den Beschluss des Parteigerichtes gebunden:Ein Genosse der damit droht,Angelegenheiten der Partei in einem gegnerischen Blatte zu veröffentlichen,ist auszuschliessen."Ist" das heisst [illegible] ausgeschlossen werden!

Nach §46 der Statuten darf die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen nur erfolgen,wenn die Stelle die den Ausschluss beantragt hat und die Stelle die den Ausschluss als letzte Instanz bestätigt hat,[illegible] gehört worden sind.Es muss also vor der Wiederaufnahme die frühere Kommission und die Reichsvertretung gehört werden!

Dass heute nicht bekannt,wie das Parteigericht zusammengesetzt war,dass einen Forst freigesprochen hat;wohl aber ist bekannt,dass das Parteigericht nicht in offener P.V. Sitzung,sondern hinter den [illegible] Mehrheitsvertreter,mit bewusster Umgehung der Genossen [illegible] Ort und Richter eingesetzt wurde,auch hinter dem Rücken des Jugendvertreters.

10. Zur Begründung des Freispruches ist folgendes zu sagen:

a) Die Untersuchungskommission wurde von der Reichsvertretung am 17./9. 22. eingesetzt über Antrag Heyer Moritz(Baden).

b) Diese Kommission wardurchaus statutengemäss.Es ist das selbstverständliche Recht des Parteitages und ebenso der Reichsvertretung, Angelegenheiten die vor diese Instanzen gebracht werden,entweder selbst zu entscheiden oder zu [illegible] deren Vorbereitung und Entscheidung Kommissionen aus ihrer Mitte zu wählen.Das ist geschehen. Die Reichsvertretung steht statutarisch über allen Parteigerichten.Die Kommission wurde"zur Untersuchung und Urteilsfällung"eingesetzt,sie hatte also auch das Recht auszuschliessen. Die Statutengemässigkeit und Kompetenz der [illegible] Kommission wurde von der Reichsvertretung am 15./1.23. ausdrücklich bestätigt(mit den Stimmen Koritschoners und Tomanns).

c) Das Parteigericht erklärt die Entscheidung der Kommission für null und nichtig.Das ist glatter Schwindel. Was vorliegt war nicht die Entscheidung der Kommission sondern der [illegible] Reichsvertretung. vom 15./1.23.

d) Das Urteil sagt,Forst wurde deshalb aus seinem Betrieb abgebaut.—

weil er aus der K.P. ausgeschlossen wurde!!!!!!!!

e) Bei der Veröffentlichung des Kommuniques der Reichsvertretung am XXXXXXXXX 19./9.22 in der R.P. hat Frey nicht den geringsten Statutenbruch begangen, sondern sein Verhalten war absolut korrekt. Das hat nicht nur der P.V. gleich nach der Reichsvertretungssitzung im Dezember 22 festgestellt, sondern auch die Reichsvertretung am 15./1. 23. Das Gerede von einem Disziplinbruch Freys ist eine bewusste Lüge.

f) Man kann sich nach diesem Urteil folgendem Gedanken nicht erwehren: Forst ist schon seit den Jahren 1919, 1920 in der Partei übel beleumundet. Forst weiss viel über gewisse Personen und diese haben daher alle Hebel in Bewegung gesetzt um Forst zu XX retten. Die Gruppe Neritschener hat dies unterstützt, weil ihr das Parteiinteresse nichts, das Fraktionsinteresse alles ist.

g) Die Wiederaufnahme des Forst ist ein bewusster Bruch des Parteitagsbeschlusses, sie erschüttert das gegenseitige Vertrauen der Parteigenossen zu einander, aber noch mehr erschüttert sie das Vertrauen der ausserhalb stehenden Arbeiter zur Partei. Der Freispruch des Forst wird in der politischen Oeffentlichkeit aufgefasst als der Sieg alter unreiner Tendenzen in der Partei.

h) Die Drohung, Angelegenheiten der Partei in die A.Z. zu bringen muss mit Ausschluss bestraft werden: Denn sonst hat jeder XXXX Grund anzunehmen, die Partei habe Butter am Kopfe und darum XXXX knicke sie vor einer solchen Drohung zusammen!

Der freispruch Forst bedeutet den Freibrief für jeden innerhalb der Partei mit Veröffentlichungen in gegnerischen Blättern zu drehen und die Partei könne ihm nichts machen.

E.) Die Affaire Teber.

1.) Der Fall Teber wurde durch Reichsvertretungsbeschluss vom 17./9. 22 "zur Untersuchung und Urteilsfällung" einer Kommission zugewiesen, bestehend aus den Wiener Mitgliedern der Reichsvertretung sowie die dem P.V. nicht angehörenden (dieselbe Kommission wie im Falle Forst).

2.) Der Tatbestand der Affaire Teber:

a) Kassier Teber und Tomann haben ohne Wissen des P.V. aus Geldern der Partei einem geheimen Fond gegründet.

b) Frey der durch Zufall darauf kam, verlangte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender in Gegenwart des Reichssekretärs für Organisation Dr. Deubler vom Kassier Teber die Rechnungen, Belege, Gelder des geheimen Fonds zur Einsicht. Teber verweigerte dies trotz wiederholter Aufforderung unter den nichtigsten Vorwänden.

c) Daraufhin berief der Vorsitzende eine ausserordentliche P.V. Sitzung ein, mit der schriftlichen Aufforderung an Teber er habe zu dieser Sitzung "unter Hintansetzung aller wie immer gearteten Aufgaben zu XXX erscheinen" und Kassabuch, Belege und Gelder mitzubringen, damit der Verdacht der sich ergeben habe, auf die rascheste Art und Weise beseitigt werde.

d) Teber erschien nicht!! Er liess sagen, er habe eine Holzarbeiter und Tapezierer Versammlung und müsse dorthin gehen. Die XXXXXXXXXX Nachprüfung ergab, dass diese Ausrede eine nackte Lüge war.

Weiter liess Teber sagen, die Kontrollkommissionen der Partei habe von diesem geheimen Fond gewusst, sie habe ihn allmonatlich kontrolliert und einen Kontrollvermerk allmonatlich in das Buch über den geheimen Fond eingetragen.

Schliesslich liess Teber dem P.V. sagen, er wäre bereit in einer ausserordentlichen P.V. Sitzung am selben Tage um 9 Uhr abends zu erscheinen und die Bücher, Belege und Gelder vorzulegen.

e) Der P.V. beschloss für 9 Uhr abends nochmals eine ausserordentliche Sitzung einzuberufen, und liess hievon den Teber durch einen Brief des P.V. dem der Reichssekretär Deubler eigenhändig in die Wohnung Tebers trug verständigen. Teber wurde darin neuerdings aufgefordert die Kassabücher, Belege und Gelder unverzüglich dem P.V. vorzulegen.

Am Abend trat die ausserordentliche P.V. Sitzung zusammen, wer nicht erschien XXX---war Teber.

f) Teber wär dann durch zwei Tage vollkommen von Wien verschwunden, dann erschien er plötzlich, legte die Bücher, Gelder und Belege vor. Die Prüfung ergab:

1. Dass die vorhandenen Gelder mit den verhandenen Eintragungen und den vorhandenen Belegen übereinstimm
2. Die Behauptung Tebers, dass die Kontrollkommission von den geheimen Fonds gewusst habe und monatlich kontrolliert hat, erwies

Lohnbewegungen.

Der Rote Gewerkschaftler schreibt ab Februar drei Monate überhaupt nichts über die Lohnbewegungen der Metallarbeiter.

20. III. Metallarbeiter fordert 15 %

23.III. B. f. Eisenind.: Die Löhne müssen mindestens um 15% erhöht werden — die Arbeiter [illegible] Forderung [illegible] Durchschnittsverdienst [illegible] Lohnbewegungsbewegungen [illegible] werden.....

29. III. Rote Fahne berichtet über Obmännerkonferenz und konstatiert „Faules Kompromiss, Riess spricht auf der Obmännerkonferenz für den Vorschlag Widenhofer, 5,2% prov. anzunehmen und den Kampf weiterzuführen. Nach ihm lehnt Gen. Siegler das Kompromiss ab und tritt scharf gegen Widenhofer auf. Widenhofer erschlägt mit Riess Ziegler. Riss stimmt für das Kompromiss, Ziegler und Pölzl dagegen.

30. III. Rote Fahne kritisiert Obmännerkonferenz und schreibt man könne wohl niemanden darüber täuschen, dass für den Verband die Sache abgeschlossen sei.

Textilindustrie.

11. III. Vertragsverhandlungen [illegible] und Maier im Lohnkommittee. KEINE Stellungnahme der Beiden noch der Fraktion und des Blockes. Passive Berichterstattung der Roten Fahne.

22. III. Verhandlungen mit der Textilindustrie mit 5.75% abgeschlossen Rote Fahne schreibt: „Die Arbeiterschaft kann auf den Hund kommen

Schwankungen.

20. III. Leitartikel für die [illegible] Erreichung der Friedens-Reallöhne. Seite 3 : Richtige Angleichung der Löhne an die Teuerung.

21. III. Gewerkschaftsrubrik: Wo bleibt der Lohnaufbau und nach ihm steigende Index?

23.III. Gewerkschaftsbericht+ Gegen die Angleichung der Löhne an die [illegible] und fordert 15% Lohnerhöhung.

Allgemeines.

April setzt die Partei Losung 15% Lohnerhöhung fort.
Mai keine Lösung Index + 5
Juni Keine Losung + 1% überhaupt keine Losung.

Die Forderungen standen im Zeichen der Anpassung der Löhne an die Teuerung, Anpassung der Mindestgehalte an die Durchschnittsverdiene (Ruhrkonjuktur) Lohnkämpfe der Grazer Metallarbeiter.

Juli Index + 5% keine Losung, Welche Stellung sollen die Gewerkschafts-fraktionen die Oppositionsblocks einnehmen??
Der Kampf gegen den Abbau des Achtstundentages im Monat Juni wurde ohne Losung Sturz der Seipelregierung und Aufrichtung der Arbeiterregierung geführt, hätte verbunden werden müssen mit den Losungen, Anpassung der

frt Mindestverdienste an die Durchschnittsverdienste. In den Resolutionen des Eisenbahneroppositionsblock gegen den Durchbruch des Achtstundentages, keine Parole Arbeiterregierung (Rote Fahne vom 6. Februar)

Arbeitslosenaktion am 27. IV.

26. IV. läuft das Gesetz ab. Hier hätte die Aktion einsetzen sollen- Dann wären die Opfer nicht umsonst gewesen. Am 27. IV. wär es bereits zu spät, nichts mehr zu machen, daher Opfer umsonst. Die A.S. stellt die Aktion als Unsinn hin und sie trage zur Desorganisierung der Arbeitslosen bei.
Keine Wiederaufnahmskampagne bei Ausschluss Daniel.
Was ist mit der Bildung eines Bergarbeiterblocks für ganz Österreich???

Gewerkschaftskongress:

Es wurde die Kampagne der Partei für den Gewerkschaftskongress erstens zu spät, dann unregelmässig und ohne konkrete Losungen geführt.

Neben der prinzipiellen Stellungnahme hätte man durch eine systematisch gesteigerte Propoganda den Gewerkschaftskongress zwingen müssen, Stellung zu nehmen, zu den stattgefundenen Lohnkämpfen und abgeschlossenen Verträgen, Zusammenfassung der Lohnkämpfe und Lohnverträge. Gemeinsamen Kampf für die Angleichung der Löhne an die [illegible] Teuerung, gegen die Seipelregierung unf für die Arbeiterregierung. Sanierung des Staates auf Kosten der Besitzenden, gegen den [illegible] Abbau des Achtstundentages, und der sozialen Gesetzgebung.

(Würstelargumente)

Spitzenartikel Frontkämpfer und Polizei gegen die Arbeiterschaft. Losung Schober muss entfernt werden, Kom. der Wiener Polizei. Nichts von der Seipelregierung.

10. VII. Rote Fahne.

Bericht über Erhöhung der Getränkesteuer, der Post-und Telegraphengebühr und die Zolltarifnovelle. Keine Stellungnahme.

12. VII. Leitartikel vom wiedererstandenen Sedlitzky, erwähnt die Berichte vom 11. VII. und schliesst der Wahlkampf muss ein Mittel zur Aufrüttelung der breiten Massen, auch zum Kampfe ausserhalb des Parlamentes für die Aufrichtung einer proletarischen Regierung sein.

13. VII. ———————

14. VII. Nichts als Leitartikel „Die Einigung der drei Genfer Parteien.

15. VII. Bericht über 5%igen negativen Index ohne Stellungnahme.

17. VII. Bericht über 50%ige Erhöhung der Postgebühr, Gemeinderatswahlen, über Parlamentsverhandlungen pto. Eisenbahnen.

18. VII. „Du seist in unserem Bunde der Vierte." Die Schmutzwäsche der Genfer Parteien, Koalitionsaussicht.
Die Ruhrexpedition in der Wehrmacht.

19. VII. Nichts von der Börsensteuer, Bericht über die Bundesbahnreform ohne Losung und Stellungnahme.

20. VII. Berichtet nichts über die Einsetzung eines Unterausschusses über das Alterversorgungsgesetz am Vortag. (19. VII.)

21. VII.

22. VII.

23. VII.

24. VII. zeichnet sich durch Geistlosigkeit aus.

26. ———————————————————————

Über was die Rote Fahne überhaupt nicht berichtet, und zu was sie überhaupt nicht Stellung nimmt.

12. VII. Im Nationalrat wird die Börsenabgabesteuer behandelt.

17. VIII. Kommt es zu grossen Zusammenstössen. Durch die Börsenabgabesteuer schenkt der Staat den Kapitalisten über 12 Milliarden Kronen, berichtet nichts über die Erhöhung der Eisenbahntarife.
Berichtet nichts über das Pächterschutzgesetz, welches vom 1. bis 15. VII. behandelt und bis 24. verlängert wurde.

13. VII. behandelt Nationalrat Handelsvertrag mit Frankreich, der für Österreich grosse Nachteile bringt.
Frankreich wird zugestanden, über 4 Mill. L Bordeaux Wein

Champagner, Trüffel, Parfümerien einzuführen. Österreich darf dafür 3.000 Fahrräder ausführen und Autos wenn [illegible] wenn Frankreich dafür die dreifache Anzahl einführen darf.

Die Rote Fahne und der Parteivorstand wiederholen trotz der Richtigstellung und des Beschlusses der Internationale in der Frage der Arbeiterregierung die alten Fehler.

15. VII. Im Leitartikel letzter Absatz heisst es: Die Betriebsräte wahlen werden dem Proletariat die Möglichkeit geben, auf die Konstituierung des Betriebsrätekongresses, der eine Etappe zur Aufrichtung einer proletarischen Regierung in Österreich darstellt, hinzuwirken.

[illegible]

Werte Genossen !

In der nächsten Zeit wird Euch der Partei Vorstand mittels Rundschreiben eine Zuschrift bekannt geben, die vom Präsidium der Exekutive eingelangt ist und dazu informieren wir Euch folgend:

1. Die erweiterte Exekutive hat entschieden, nachdem sie beide Seiten gehört hat. Die neuerliche Zuschrift ist ergangen nur auf Grund dessen, was die eine Seite nachträglich noch hinzu gearbeitet, sagen wir richtig hinzu gelogen hat. Richtig wäre gewesen, dass die Exekutive auch uns gehört und dann erst, nachdem sie wieder beide Seiten gehört hat, entschieden hätte. Das ist nicht geschehen.

2. Metallarbeitersache. In der Zuschrift der Exekutive heisst es, dass sie durch nachträgliche Prüfung das Verhalten des Genossen Ries in der Metallarbeitersache für richtig befunden hat. Wir sind der Ansicht nicht, dass Ries richtig gehandelt hat und werden dies nachfolgend auch beweisen. Aber das Entscheidende war und ist nicht das Verhalten des Genossen Ries, sondern die Frage, hat sich die Partei also die Parteileitung in dem Metallarbeiterkampf richtig verhalten ? Auf diese Frage gibt es nur ein klares nein. Auch die Resolution der erweiterten Exekutive unterstreicht das, und dieses klare nein der erweiterten Exekutive wird durch die nachträgliche Zuschrift der Exekutive nicht aufgehoben. Nicht die Parteileitung sondern Ries wird rein gewaschen.

Damit Ihr in der Lage seid Euch selbst ein richtiges Urteil zu bilden, rekapitulieren wir die Sachen, die jeder von Euch überprüfen kann:

a) Ende März nahte damals, wie gewöhnlich an jedem Monatsende die Entscheidung über die Löhne der Metallarbeiter für den kommenden Monat. Am 20. März gab der reformistische Metallarbeiter Verband die Losung aus: 15 % Lohnerhöhung.

b) Am 23. März gab die Parteileitung in einem eigenen Aufruf die Losung aus: Die Löhne müssen um mindestens 15% erhöht werden". Siehe Rote Fahne vom 28. März.

c) Am 27. März tagte die Konferenz des revolutionären Blocks der Metallarbeiter. Hier wurde nach einem Referat der Genossen Ries und Tomann einstimmig beschlossen:" Die Konferenz der Vertrauensmänner

des revolutionären Blocks der Metallarbeiter betrachtet die vom Metallarbeiterverbande aufgestellte 5%ige Lohnerhöhung als Mindestforderung, an der unbedingt festzuhalten ist und verpflichtet sind alle revolutionären Metallarbeiter dafür einzutreten. (Siehe Rote Fahne vom 28. März)

d) Am 28. März fand die Obmänner Konferenz der Metallarbeiter statt. Wiedenhofer schlug vor, mit einer 5,2% Lohnerhöhung abzuschliessen. Ries schlug vor die 5,2 %, für die restlichen % aber dann Kampf weiter zu führen. Diesen Vorschlag übernahm Wiedenhofer. (Von einem Kampf war natürlich nicht die Rede, es blieb bei 5,2 %. Die Redensart wir werden den Kampf weiter führen, das ist die Phrase, womit die Reformisten immer wieder die Arbeiter gefoppt haben.)

e) Bezeichnend ist nun der Bericht an die Rote Fahne über die Obmänner Konferenz gebracht: Da wird einfach mitgeteilt, dass die Obmänner Konferenz sich für 5,2 % entschieden habe; kein Wort darüber wird gesagt, welche Stellung die Kommunisten eingenommen, kein Wort darüber ob und welchen Antrag die Kommunisten gestellt haben kein Wort wird gesagt welches Resultat die Abstimmung über diesen Antrag hatte. Wenn die Parteileitung die Ueberzeugung gehabt hätte, dass Ries sich richtig verhalten, dann hätte sie doch über sein Verhalten auf der Obmännerkonferenz berichtet. So aber schwieg sie dazu. Aber die wahre Meinung der Partei erfahren wir aus der Roten Fahne vom 30 . März.

f) Am 30. März nimmt die Parteileitung in der Roten Fahne Stellung zur Obmänner Konferenz. Es heisst darin :Durch die Genehmigung des Abschlusses mit 5,2% wurde ein 2.mal ein gewekschaftliches Prinzip preis gegeben..... selbst der Index wurde preis gegeben"(Der Index war damals nämlich plus 6%) Nun fragen wir von wem wurde zum 2.mal ein gewerkschaftliches Prinzip preis gegeben, von wem wurde selbst der Index preis gegeben? Von Wiedenhofer allein? Nein, sondern auch von Ries. So viel über das Verhalten des Genossen Ries.

Aber dabscheident ist das Verhalten der Partei. Es geht nicht, dass die Partei in der Obmännerkonferenz für die 5,2 % und dann nachträglichin der Oeffentlichkeit(in der Roten Fahne) gegen die 5,2% ist. Sie hätte den Mut haben müssen, den Genossen Ries zu desavouieren, dadurch dass sie es nicht getan hat, hat sie sich in der Oeffentlichkeit in den

zur Partei gemindert.

3. Textilarbeitersache.

Wir sehen genau daselbe bei der Lohnbewegung der Textilarbeiter im März.

a) Mitte März wurde von der Textilarbeiter Union ein Lohnvertrag geschlossen mit 5.5% Erhöhung(Der Index war damals plus 6 %) also Lohnabschluss unter dem Index. In dem Lohnkomitee welches diesen Lohnvetrag abschloss waren kommunische Vertrauensmänner darinnen, zum Beispiel Glas und die haben für diesen Lohnvertrag gestimmt.

b) Am 23. März veröffentlichte die Parteileitung in der Roten Fahne einen Aufruf worin es weiter heisst :"Die Arbeiterschaft hat zu trachten, dass nicht wie bereits bei den Textilarbeitern ein faules Kompromiss geschlossen wird."

Wir sehen also: In der Beratung des Lohnkomitees stimmten mindestens kommunistische Vertrauensmänner für das Kompromiss(mit Zustimmung der Partei!) und dann tritt die Partei in die Oeffentlichkeit und schreit faules Kompromiss. Wo soll das Vetrauen der Arbeiter zur K.P. kommen?

4.)Wir machen Euch aufmerksam, dass die Parteileitung an dieser unglaublichen für die Partei schwer schädigenden Taktik festhält siehe Erhöhung der Mitgliedsbeiträge bei den Metallarbeitern: Auf der Obmännerkonferenz, die darüber zu entscheiden hatte wurde mit den Stimmen der Kommunisten die Erhöhung beschlossen. In kürzester Zeit darauf gab die Parteileitung ein Rundschreiben heraus, worin die Kommuniste aufgefordert werden, sich überall gegen die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge in den Gewerkschaften zu wehren !

5) Arbeiterregierung: Die Resulution der erweiterten Exekutive hat das Verhalten der Parteileitung in der Propaganda der Losung der Arbeiteregierung austrücklich missbilligt. Und zwar aus folfenden Gründen:a)Die Parteileitung propagierte diese Losing n u r im Zusammenhang mit dem Betriebsrätekongress,während die Propaganda hätte erfolgen müssen auch im Zusammenhange mit anderen Losungen zum Beispiel, Ausbau der Ordnerororganisation aller währfehigen Proletarier oder Bewaffnung des Proletariats u.s.w.bei der ist aber die Hauptaufmerksamkeitnicht auf die Hauptlosung der Arbeiterregierung sondern auf die Zwischenlosung des Betriebsr-ätekongresses,Dadurch wurde ein Doppeltes bewirkt:Erstens wurde die Meinung hervorgerufen ohne Betriebsrätekongress könnten wir überhaupt nicht zur Arbeiterregierrung gelangen,was falsch ist.Vor allem aber würde die Zugkraft der Hauptlosung dadurch abgeschwächt zu Gunsten einer Losung,von der in der Tat die Masse der Arbeiterschaft sich nicht vorstellen kann,dass von ihr derzeit

Diesen; die Parteileitung konzentrierte die Hauptlosung die

jene grunstürzende Aenderung ausgehen soll, die wir Kommunisten stellen. Dass von der Arbeiterregierung grundlegende Aenderungen ausgehen werden, das leuchtet dem Arbeiter ein, aber dass derzeit von einem Betriebsräte kongress in Oesterreich nicht mehr zu helfen ist als im besten Falle eine Domächierung der Sozialdemokratie das weiss jeder revolutionäre Arbeiter.

So wurde durch die Konzentrierung der [illegible] Propaganda auf eine Hilfslosung die Hauptlosung und damit die ganze Werbekraft der Parteipropaganda geschwächt.